Preußen

Nachdem wir ihre gemeinsamen Determinanten untersucht haben, können wir nun kurz die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Gesellschaftsformationen Ostpreußens betrachten. Sie stellt den klassischen Fall einer ungleichmäßigen und kombinierten Entwicklung in Europa dar, die schließlich aus einem der größten industrialisierten kapitalistischen Staaten des Kontinents hervorging die kleinsten und rückständigsten Feudalgebiete des Baltikums. Die theoretischen Probleme, die dieser Verlauf aufwirft, wurden von Engels in seinem berühmten Brief an Bloch aus dem Jahr 1890 ausdrücklich auf die unreduzierbare Bedeutung politischer, rechtlicher und kultureller Systeme in der Struktur aller historischen Bestimmung angesprochen: „Nach der materialistischen Geschichtsauffassung Das letztlich bestimmende Element der Geschichte ist die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr als das haben weder Marx noch ich jemals behauptet. . . . Der preußische Staat entstand und entwickelte sich auch aus historischen, letztlich wirtschaftlichen Gründen. Aber ohne Pedanterie ließe sich kaum behaupten, dass unter den vielen Kleinstaaten Norddeutschlands gerade Brandenburg durch wirtschaftliche Notwendigkeit dazu bestimmt war, die Großmacht zu werden, die den wirtschaftlichen, sprachlichen und nach der Reformation auch religiösen Unterschied zwischen Nord und Süd verkörperte. und nicht auch durch andere Elemente (vor allem durch die Verflechtung mit Polen aufgrund des Besitzes Preußens und damit mit den internationalen politischen Beziehungen, die ja auch für die Bildung der österreichischen Dynastie entscheidend waren)."1 Gleichzeitig Zeit, es

1. Marx-Engels, Ausgewählte Korrespondenz, S. 417. Althusser hat diese Passage als Prüfstein in seinem berühmten Aufsatz „Contradiction and Overdetermination", For Marx, London 1969, S. 111-12, ausgewählt: Er beschränkt sich jedoch darauf, die allgemeine theoretische Bedeutung der Formulierungen von Engels hier aufzuzeigen, ohne Vorschläge zu machen keine Lösung für die dadurch aufgeworfenen tatsächlichen historischen Probleme. Engels' ausdrückliche Betonung des komplexen und überbestimmten Charakters des Aufstiegs Preußens ist allgegenwärtig

Es ist offensichtlich, dass in den komplexen Ursachen des Aufstiegs Brandenburgs auch die Antwort auf das zentrale Rätsel der modernen deutschen Gesamtgeschichte liegt, nämlich warum die nationale Einigung Deutschlands in der Epoche der industriellen Revolution letztlich unter der politischen Schirmherrschaft des Agrarschrotttums erreicht wurde Preußen. Der Aufstieg des Hohenzollernstaates konzentriert sich mit anderen Worten in besonders klarer Form auf einige der wichtigsten allgemeinen Fragen zum Wesen und zur Funktion des Absolutismus in der politischen Entwicklung Europas.

Seine Anfänge waren nicht besonders vielversprechend. Das Hohenzollem-Haus wurde ursprünglich von Kaiser Sigismund während seines Kampfes gegen die Hussitenrevolution in Böhmen im frühen 15. Jahrhundert aus Süddeutschland – wo es traditionell eine aristokratische Linie im Streit mit der Handelsstadt Nürnberg war – nach Brandenburg verpflanzt . Friedrich, der erste hohezollemische Markgraf von Brandenburg, wurde 1415 für seine Verdienste um Sigismund zum Reichskurfürsten ernannt.1 Der nächste Markgraf hob die kommunale Autonomie Berlins auf, während seine Nachfolger die anderen Städte der Mark aus dem Hansebund ausschlossen und unterstellten im Gegenzug. Wie wir bereits gesehen haben, war Brandenburg zu Beginn des 16.

Jahrhunderts eine Region ohne freie Städte. Die Niederlage der Städte sicherte jedoch die Vorherrschaft des Adels und nicht der Dynastie in dieser abgelegenen Grenzzone. Die örtliche Aristokratie vergrößerte ihre Besitztümer stetig, schloss Dorfgemeinschaften ein und beraubte Kleinbauern ihres Landes, da der Export lukrativer wurde. Die Grundbesitzerklasse übernahm gleichzeitig die Kontrolle über die höhere Justiz, kaufte Wahlgebiete auf und monopolisierte Verwaltungsämter, während eine Reihe ineffektiver Herrscher in zunehmende Verschuldung und Ohnmacht gerieten. Ein fest verwurzeltes Ständesystem, das vom Adel dominiert wurde, verbot die Entwicklung eines stehenden Heeres und praktisch jede Außenpolitik, was das Kurfürstentum zu einem der ausgeprägtesten Beispiele eines dezentralen Ständestaats im reformatorischen Deutschland machte. So gelangte Brandenburg nach der Wirtschaftskrise des späteren Mittelalters in der Epoche der Preisrevolution im Westen zu einem bescheidenen herrschaftlichen Wohlstand mit sehr schwacher Fürstenmacht. Die Junkergesellschaft profitierte von den Gewinnen des Getreidehandels, zeigte aber wenig aggressiven politischen Antrieb und bildete im Laufe des 16. Jahrhunderts ein verschlafenes und provinzielles Rückstaugebiet.8 In der Zwischenzeit war Ostpreußen das erbliche Lehen eines anderen Zweigs der Familie Hohenzollem geworden, als Albert Hohenzollem löste den Deutschen Orden als letzten Großmeister auf, indem er sich 1525 zur Reformation bekannte und von seinem polnischen Oberherrn den weltlichen Titel eines Herzogs erwarb. Die Auflösung des herrschenden militärisch-klerikalen Ordens, der seit seiner Niederlage und Unterwerfung durch Polen im 15. Jahrhundert längst dekadent war, führte zur Fusion seiner Ritter mit Laiengrundbesitzern und damit erstmals zur Schaffung einer einheitlichen herrschaftlichen Klasse in Ostpreußen Zeit. Ein Bauernaufstand gegen das neue Regime wurde prompt niedergeschlagen und eine Gesellschaft, die der in Brandenburg sehr ähnlich war, festigte sich. Auf dem Land kam es zu Räumungen und Leibeigenschaft, wo freie Pächter bald zu Schurken degradiert wurden. Eine kleine Schicht von Cölmer, einst unbedeutende Diener des Deutschen Ordens, überlebte dagegen. Praktisch alle Städte von Bedeutung waren im vorigen Jahrhundert ohnehin von Polen annektiert worden, mit Ausnahme von Königsberg – der einzigen relativ großen und unerschrockenen Stadt der Region. Verfassungsmäßig war die fürstliche Macht im neuen Herzogtum sehr begrenzt und fragil, obwohl die herzoglichen Ländereien selbst ausgedehnt waren. Tatsächlich sicherten sich die preußischen Stände möglicherweise umfassendere Privilegien als alle anderen Einrichtungen dieser Art in Deutschland, darunter Verwaltungsbefugnisse, richterliche Befugnisse und 2 3 4 dauerhafte Berufungsrechte bei der polnischen Monarchie gegen die Herzöge.4 Die internationale Bedeutung Ostpreußens war mittlerweile sogar weniger als in Brandenburg.

Im Jahr 1618 wurden die beiden Fürstentümer – bis dahin politisch unabhängig – vereint, als der Kurfürst von Brandenburg durch eine interfamiliäre Heirat die Erbfolge in Ostpreußen antrat; obwohl das Herzogtum weiterhin ein polnisches Lehen war. Vier Jahre zuvor war im unteren Rheinland ein weiterer geografischer Gewinn erzielt worden, als die beiden kleinen Territorien Kleve und Mark, dicht besiedelte und stark urbanisierte Enklaven im Westen, durch Erbschaft dem Erbe der Hohenzollern angegliedert wurden. Die neuen dynastischen Erwerbungen des frühen 17. Jahrhunderts blieben jedoch ohne Landbrücke nach Brandenburg; Die drei Besitztümer des Kurfürsten waren strategisch verstreut und verwundbar. Das Kurfürstentum selbst war nach gesamtdeutschen Maßstäben immer noch ein mittelloser und isolierter Staat – von seinen Zeitgenossen verächtlich als „Sandkasten des Heiligen Römischen Reiches" bezeichnet. „Es deutete nichts darauf hin, dass Brandenburg oder Preußen jemals eine wichtige Rolle in deutschen oder europäischen Angelegenheiten spielen würden."6 Es waren die Stürme des Dreißigjährigen Krieges und der schwedischen Expansion, die den Hohenzollernstaat aus seiner Trägheit reißen sollten. Brandenburg wurde zum ersten Mal auf die Landkarte der internationalen Politik gesetzt,

als Wallensteins kaiserliche Armeen siegreich durch Deutschland bis zur Ostsee marschierten. Der Kurfürst Georg Wilhelm, ein Lutheraner, der der Aussicht auf einen calvinistischen Herrscher in Prag feindlich gegenüberstand, hatte sich wegen des ursprünglichen Konflikts in Böhmen politisch mit dem Habsburger Kaiser Ferdinand II. verbündet; Eine militärische Rolle war für ihn unmöglich, da er praktisch keine Armee hatte. Dennoch wurde sein wehrloses Gebiet 1627 von österreichischen Truppen besetzt und geplündert, während Wallenstein sich in Mecklenburg niederließ. In Ostpreußen hatte Gustav Adolf inzwischen Memel und Pillau – die beiden Festungen, die Königsberg befehligten – im Zuge seines Krieges mit Polen eingenommen und anschließend Zölle auf den gesamten Seeverkehr in das Herzogtum erhoben. Dann, im Jahr 1631, landete das schwedische Expeditionsheer in Pommern und fiel seinerseits in Brandenburg ein. Georg Wilhelm, der hilflos nach Ostpreußen geflohen war, wurde von Gustav Adolf gezwungen, die Seite zu wechseln und sich gegen die kaiserliche Sache zu stellen. Vier Jahre später verließ er das Land, um einen Separatfrieden zu schließen
Carsten, The Origins of Prussia, S. 168-9.
Ebd., S. 174.
mit dem Kaiser. Für die Dauer des Dreißigjährigen Krieges waren die schwedischen Armeen jedoch stets im Kurfürstentum stationiert, das seinen finanziellen Zwängen ausgeliefert war. Die Stände wurden von der Besatzungsmacht natürlich beiseite geschoben. Brandenburg beendete den langen Konflikt ebenso passiv, wie es ihn begonnen hatte. Paradoxerweise gewann es jedoch im Westfälischen Frieden. Denn im Verlauf des Krieges war Pommern nach dem Tod seines letzten Herzogs rechtlich an die Hohenzollem-Linie zurückgefallen. Die schwedische Eroberung Pommerns – dem wichtigsten baltischen Stützpunkt für nordische Operationen im Niedersächsischen Kreis – hatte verhindert, dass dieses Erbe während des Krieges wirksam wurde, doch auf französisches Drängen wurde die ärmere östliche Hälfte der Provinz nun widerwillig an Brandenburg abgetreten wurde auch durch kleinere Zugewinne im Süden und Westen des Kurfürstentums kompensiert. Der Hohenzollernstaat ging äußerlich aus dem Dreißigjährigen Krieg mit wenig politischem oder militärischem Ansehen hervor, wurde jedoch durch den Frieden territorial erweitert. Intern waren die traditionellen Institutionen zutiefst erschüttert worden, aber es waren keine neuen als Nachfolger entstanden.
Der neue und junge Kurfürst Friedrich Wilhelm I., der in Holland erzogen worden war, gelangte mit dem Friedensschluss erstmals unter normalen Bedingungen in sein Patrimonium. Aus den Erfahrungen der jahrzehntelangen ausländischen Besatzung wurden zwei unauslöschliche Lehren gezogen: die dringende Notwendigkeit, eine Armee aufzubauen, die der imperialen Expansion Schwedens im Baltikum standhalten kann, und – ergänzend – das administrative Beispiel der erzwungenen schwedischen Steuererhebung in Brandenburg und Ostpreußen , trotz der Proteste der örtlichen Stände. Das unmittelbare Anliegen des Kurfürsten bestand daher darin, eine stabile finanzielle Grundlage zu schaffen, mit der er einen dauerhaften Militärapparat zur Verteidigung und Integration seiner Reiche aufbauen konnte. Tatsächlich evakuierten die Vasa-Truppen Ostpommern erst 1654. Daher berief der Kurfürst 1652 einen allgemeinen Landtag in Brandenburg ein, zu dem er den gesamten Adel und alle Städte der Mark zusammenrief, um ein neues Finanzsystem einzuführen für eine fürstliche Armee zu sorgen. Es folgte ein langwieriger Streit mit den Ständen, der schließlich im darauffolgenden Jahr mit dem berühmten Rezession von 1653 endete, der den Beginn des Gesellschaftspakts zwischen dem Kurfürsten und der Aristokratie weihte, der die dauerhafte Grundlage des preußischen Absolutismus bilden sollte. Die Stände weigerten sich, eine allgemeine Verbrauchsteuer zu gewähren, stimmten jedoch für einen Zuschuss

von einer halben Million Talern über sechs Jahre hinweg für den Aufbau einer Armee, die zum Kern

des künftigen bürokratischen Staates werden sollte. Im Gegenzug verfügte der Kurfürst, dass von nun an alle Bauern in Brandenburg bis zum Beweis des Gegenteils als leibeigene Leibeigene galten; herrschaftliche Gerichtsbarkeiten wurden bestätigt; Adelsgüter waren für den Kauf durch Bürger gesperrt; und die aristokratische Steuerimmunität blieb gewahrt.4 Innerhalb von zwei Jahren nach Abschluss dieses Abkommens war im Baltikum erneut ein Krieg ausgebrochen, mit dem schwedischen Blitzangriff auf Polen im Jahr 1655. Friedrich Wilhelm entschied sich in diesem Konflikt und im Jahr 1656 für die schwedische Seite seine junge Armee marschierte Seite an Seite mit den Truppen Karls X. in Warschau ein. Die militärische Erholung Polens, unterstützt durch russische und österreichische Interventionen, schwächte bald die schwedische Position, die auch von Dänemark im Rücken angegriffen wurde. Brandenburg wechselte daraufhin geschickt die Seite, als Gegenleistung für den formellen Verzicht Polens auf seine Oberherrschaft über Ostpreußen. Der Vertrag von Labiau begründete 1657 erstmals die bedingungslose Hohenzollemische Souveränität über das Herzogtum. Der Kurfürst besetzte daraufhin rasch Vorpommern mit einer gemischten polnischen, österreichischen und brandenburgischen Streitmacht. Der Vertrag von Oliva im Jahr 1660 gab diese Provinz jedoch auf französisches Drängen mit der Wiederherstellung des Friedens an Schweden zurück.

Der Baltische Krieg von 1656–60 hatte unterdessen das innere Kräftegleichgewicht innerhalb der Hohenzollem-Besitztümer abrupt und drastisch verändert. In Brandenburg, Ostpreußen und Kleve-Mark hatte der Kurfürst im Namen des militärischen Notstands alle verfassungsrechtlichen Feinheiten außer Kraft gesetzt, Steuern ohne Zustimmung der örtlichen Versammlungen erhoben und eine Truppenstärke von etwa 22.000 Mann aufgebaut, die halbiert, aber nicht aufgelöst wurde mit der Einstellung der Feindseligkeiten. Eine drastischere Auseinandersetzung mit dem ständischen Partikularismus war nun möglich. Ostpreußen, wo der Adel sich bis dahin auf die polnische Oberhoheit gestützt hatte, um den Hohenzollernansprüchen zu widerstehen, und wo die Städte während des Krieges offenkundig unzufrieden gewesen waren, war das erste Herrschaftsgebiet, das die neue Macht des Kurfürstentums zu spüren bekam. – 1661–1663 , wurde ein langer Landtag einberufen. Die Weigerung der Königsberger Bürger, die volle dynastische Souveränität im Herzogtum anzuerkennen, wurde durch die summarische Verhaftung des Anführers des städtischen Widerstands gebrochen und eine Verbrauchsteuer für den Unterhalt der Armee erhoben. Der Kurfürst musste versprechen, alle drei Jahre Ständesitzungen abzuhalten und von nun an keine Steuern mehr ohne seine Zustimmung zu erheben; diese Zugeständnisse sollten sich jedoch als weitgehend formal erweisen. In Kleve-Mark waren die Stände inzwischen unter Druck gesetzt worden, das Recht des Landesherrn anzuerkennen, nach Belieben Truppen einzusetzen und Beamte zu ernennen.

Im Jahr 1672 zog der Französisch-Niederländische Krieg den Staat Hohenzollern – einen diplomatischen Verbündeten und Finanzkunden der Vereinigten Provinzen – in einen erneuten militärischen Konflikt, diesmal auf europäischer Ebene. Bis 1674 war der Kurfürst Oberbefehlshaber der vereinten deutschen Streitkräfte, die in der Pfalz und im Elsass gegen Frankreich operierten. Im nächsten Jahr fiel Schweden in seiner Abwesenheit als französischer Verbündeter in Brandenburg ein. Auf dem Weg nach Hause schlug Friedrich Wilhelm in der Schlacht von Fehrbellin im Jahr 1675 zurück, als brandenburgische Truppen im Marschland nordwestlich von Berlin zum ersten Mal skandinavische Veteranen besiegten. Bis 1678 war ganz Schwedisch-Pommern vom Kurfürsten überrannt worden. Doch erneut beraubte ihn die Intervention Frankreichs seiner Eroberungen: Bourbonenarmeen marschierten in Kleve-Mark ein und bedrohten Minden, die Hohenzollern-Außenposten im Westen, und Frankreich konnte 1679 die Rückgabe Westpommerns an Schweden diktieren. Geografisch fruchtlos war der Krieg war dennoch institutionell gewinnbringend für den Aufbau eines fürstlichen Absolutismus. Ostpreußen wurde ohne Zustimmung der Vertreter

gewaltsam einer Grundsteuer- und Verbrauchsteuereinziehung unterworfen, unter dem Gemurmel adliger Meinungsverschiedenheiten und den lauteren Drohungen einer Bürgerrevolte. Königsberg war das Zentrum des Widerstands: 1674 eroberte ein schneller Militärputsch die Stadt und zerstörte ihre kommunale Autonomie endgültig. Danach stimmten die preußischen Stände fügsam über die von ihnen geforderte hohe Kontribution für die Dauer des Krieges ab.7

Der Friedensschluss brachte keine Ruhe in der wachsenden Machtkonzentration in den Händen des Kurfürsten. Im Jahr 1680 wurde in Brandenburg eine städtische Verbrauchsteuer eingeführt, die bewusst nicht auf das Land ausgeweitet wurde, um den Adel von den Städten zu trennen. Ein Jahr später wurde derselbe Steuerseparatismus in Ostpreußen eingeführt und am Ende der Herrschaft des Kurfürsten auf Pommern, Magdeburg und Minden ausgeweitet. Die Landabgaben wurden in Brandenburg und Kleve-Mark allein von der Bauernschaft getragen; in Ostpreußen die

Der Adel leistete einen geringen Beitrag, aber der Großteil der Last wurde von seinen Pächtern getragen. Die durch diesen Dualismus geschaffene administrative Trennung von Stadt und Land spaltete den potenziellen gesellschaftlichen Widerstand gegen den entstehenden Absolutismus unheilbar. Die Steuern waren faktisch auf Städte und Bauern beschränkt, und zwar im Verhältnis 3:2. Die neue Steuerlast wirkte sich besonders schädlich auf die Städte aus, da die Brauereien und andere Unternehmen auf ihren Grundstücken von der Verbrauchsteuer befreit waren und es den Grundbesitzern ermöglichten, ungestraft mit städtischen Industriebetrieben zu konkurrieren. Die wirtschaftliche Stärke der Städte Brandenburgs und Ostpreußens, die bereits von der allgemeinen Depression des 17. Jahrhunderts stark betroffen waren, wurde durch die staatliche Politik weiter geschwächt: und als die Akzise zu einer dauerhaften Verbrauchssteuer wurde, wurden die Städte faktisch aus weiteren Landtagen gestrichen Darstellung. Im Gegensatz dazu wurde der Adel finanziell und rechtlich gleichermaßen behandelt. Seine traditionellen Privilegien wurden nicht nur in den großen östlichen Provinzen bestätigt: In den westlichen Enklaven Kleve und Mark verlieh der Kurfürst der örtlichen Aristokratie sogar de novo herrschaftliche Gerichtsbarkeiten und Steuerimmunität, wo diese zuvor nie darüber verfügt hatte.8 Die winterliche Wirtschaft Das Klima des späteren 17. Jahrhunderts lieferte einen weiteren Anreiz für die Grundbesitzerklasse, sich dem politischen Gebäude der fürstlichen Macht anzuschließen, das jetzt in den Hohenzollem-Reichen entstand: Die Beschäftigungsaussichten darin waren ein weiterer Anreiz, die verschrobenen Wege früherer Traditionen aufzugeben .

Denn während das Ständesystem stetig zermürbt worden war, wurde der militärisch-bürokratische Apparat des zentralistischen Absolutismus rasch und unaufhaltsam aufgebaut. Seit 1604 gab es einen Geheimen Rat für die Mark Brandenburg, der jedoch schon bald von ortsansässigen Adligen kolonisiert wurde und sich zu einer unbedeutenden und provinziellen Körperschaft entwickelte, deren Tätigkeit während des Dreißigjährigen Krieges praktisch gänzlich eingestellt wurde. Friedrich Wilhelm belebte es nach Westfalen wieder, als es zeitweise begann, die zentrale Leitung der Hohenzollerngebiete als Ganzes zu übernehmen, während es in seiner Grundanschauung lokalistisch und in seiner Verwaltungsfunktion primitiv blieb. Während des Krieges von 1665–70 wurde jedoch eine Spezialabteilung für die Führung militärischer Angelegenheiten in den gesamten Dynastieländern geschaffen, das Generalkriegskommissariat. Mit der Wiederaufnahme des Friedens wurde dieses Kommissariat in seiner Rolle und seinem Personal reduziert, aber nicht abgeschafft: Es blieb unter der formellen Aufsicht des Geheimen Rates. Bisher folgte die Entwicklung des Brandenburger Absolutismus einem administrativen Weg, der dem früherer westlicher Monarchien sehr ähnlich war. Der Ausbruch des Krieges von 1672–1678 markierte eine abrupte und entscheidende Abkehr davon. Denn das Generalkriegskommissariat begann nun, praktisch die gesamte Staatsmaschinerie selbst zu beschlagnahmen. Im Jahr 1674 wurde eine

Generalkriegskasse gegründet, die innerhalb eines Jahrzehnts zur zentralen Schatzkammer Hohenzollerns wurde, da die Steuererhebung zunehmend den Beamten des Kommissariats anvertraut wurde. Im Jahr 1679 erhielt das Generalkriegskommissariat einen Berufssoldaten an seiner Spitze, den pommerschen Aristokraten von Grumbkow; seine Reihen wurden erweitert; darin wurde eine regelmäßige bürokratische Hierarchie geschaffen; und seine Verantwortlichkeiten diversifizierten sich nach außen. Im Laufe des nächsten Jahrzehnts organisierte es die Ansiedlung von Hugenottenflüchtlingen, kümmerte sich um die Einwanderungspolitik, kontrollierte das Zunftsystem in den Städten, überwachte Handel und Industrie und gründete die Marine- und Kolonialunternehmen des Staates. Der Generalkriegskommissar selbst war nun sofort im Einsatz; Generalstabschef, Kriegsminister und Finanzminister. Der Geheimrat wurde von diesem enormen Wachstum in den Schatten gestellt. Die Beamtenschaft des Kommissariats wurde auf einheitlicher, provinzialübergreifender Basis rekrutiert und als wichtigster Knüppel der Dynastie gegen lokalen Partikularismus oder widerständige Versammlungen eingesetzt." Das Generalkriegskommissariat war jedoch in keiner Weise eine Waffe gegen die Aristokratie selbst . Im Gegenteil, die obersten Ränge waren mit führenden Adligen besetzt, sowohl auf zentraler als auch auf Provinzebene: Die Bürgerlichen waren in der vergleichsweise niedrigen Abteilung für die städtische Steuererhebung konzentriert.
Die Hauptaufgabe des gesamten Tentakelapparats des Kommissariats bestand natürlich darin, den Erhalt und Ausbau der Streitkräfte des Hohenzollernstaates sicherzustellen. Zu diesem Zweck wurden die Gesamteinnahmen von 1640 bis 1688 verdreifacht, was einer Pro-Kopf-Steuerrendite entspricht, die fast doppelt so hoch ist wie die des Frankreichs unter Ludwig XIV., einem weitaus reicheren Land. Bei der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms verfügte Brandenburg lediglich über 4.000 Soldaten; Am Ende der Herrschaft des Herrschers, den Zeitgenossen nun den „Großen Kurfürsten" nannten, existierte eine ständige Armee von 30.000 gut ausgebildeten Soldaten, angeführt von einem Offizierskorps, das aus dem Junkerstand rekrutiert wurde

und erfüllt von kriegerischer Loyalität gegenüber der Dynastie.10 Der Tod des Großen Kurfürsten zeigte, wie gut seine Arbeit zusammenwirkte. Sein vergeblicher und belangloser Nachfolger Friedrich verpflichtete das Haus Hohenzollern ab 1688 zur europäischen Koalition gegen Frankreich. Die brandenburgischen Kontingente schlugen sich in den Kriegen des Augsburger Bundes und des Spanischen Erbfolgekrieges kompetent, während der regierende Fürst durch seine Extravaganz im Inland ausländische Subventionen verbrauchte und keine Gebietsgewinne für seine internationale Politik erzielen konnte. Die einzige herausragende Errungenschaft der Herrschaft war der Erwerb des königlichen Titels eines Königs von Preußen für die Dynastie – der von Kaiser Karl VI. auf diplomatischem Weg im Austausch gegen ein formelles Habsburg-Hohenzollem-Bündnis zugestanden wurde und rechtlich durch die Tatsache gedeckt war, dass Ostpreußen lagen außerhalb der Reichsgrenzen, in denen keine Königtümer unterhalb der Reichswürde selbst zulässig waren. Die preußische Monarchie blieb jedoch immer noch ein kleiner und rückständiger Staat am Rande Nordostdeutschlands. Die Gesamtbevölkerung der Hohenzollernländer betrug in den letzten Jahren des Großen Kurfürsten lediglich 1000.000 Rubel – etwa 270.000 in Brandenburg, 400.000 in Ostpreußen, 50.000 Rubel in Kleve-Mark und vielleicht weitere 180.000 in den kleineren Herrschaftsgebieten. Beim Tod Friedrichs I. im Jahr 1713 zählte das preußische Reich noch nicht mehr als 1.600.000 Einwohner.
Dieses bescheidene Erbe sollte vom neuen Monarchen Friedrich Wilhelm I. bemerkenswert gepflegt werden. Der „Sergeant King" widmete seine Karriere dem Aufbau der preußischen Armee, deren Größe sich unter einem Herrscher, der symbolisch der erste europäische Prinz war, von 40.000 auf 80.000 verdoppelte dauerhaft Uniform zu tragen. Militärischer Drill und militärische Ausbildung

waren königliche Obsessionen; Kampfmittelwerke und Tuchfabriken zur Versorgung des Feldes wurden unermüdlich gefördert; die Wehrpflicht wurde eingeführt; eine Kadettenschule für junge Adlige wurde gegründet und der Offiziersdienst in ausländischen Armeen strikt verboten; Unter Grumbkows Sohn wurde das Kriegskommissariat neu organisiert. Der Einsatz der neuen Truppen war äußerst umsichtig: Vorpommern wurde schließlich 1719 von Schweden eingenommen, als sich Preußen in der Endphase des Großen Nordischen Krieges mit Russland und Dänemark gegen Karl XII. verbündete. Ansonsten hielt sich die Armee vorsichtig an eine friedliche Diplomatie. Die Bürokratie wurde inzwischen gestrafft und rationalisiert. Der Staatsapparat hatte

war bisher in die Spalten „Domäne" und „Kommissariat" unterteilt – d. h. die privaten und öffentlichen Finanzbehörden der Monarchie, die jeweils für die Verwaltung der königlichen Güter und die Erhebung der Bürgersteuern zuständig sind. Diese wurden nun zu einer zentralen Säule zusammengeführt, die denkwürdigerweise als General-Ober-Finanz-Kriegs- und Domänen-Direktorium bezeichnet wurde und für alle Verwaltungsaufgaben außerhalb der Außenpolitik, der Justiz und der Kirche zuständig war. Zur Überwachung des öffentlichen Dienstes wurde ein Korps von Geheimpolizisten oder speziellen „Fiskalbeamten" geschaffen.11 Die Wirtschaft wurde nicht weniger sorgfältig gepflegt. Auf dem Land wurden Deich-, Entwässerungs- und Siedlungsprojekte mit niederländischen Fachkenntnissen und Technikern finanziert. Französische und deutsche Einwanderer wurden für lokale Manufakturen unter staatlicher Kontrolle rekrutiert. Der königliche Merkantilismus förderte Textilien und andere Exporte. Gleichzeitig wurden die Gerichtskosten auf ein sparsames Minimum beschränkt. Das Ergebnis war, dass der Sergeant King am Ende seiner Herrschaft über ein Jahreseinkommen von 7 Millionen Taler verfügte und seinem Nachfolger einen Überschuss von 8 Millionen Taler in der Staatskasse hinterließ. Was vielleicht noch wichtiger ist: Die Bevölkerung seines Reiches war innerhalb von weniger als drei Jahrzehnten auf etwa 2.250.000 angewachsen – oder fast 40 Prozent.18 Preußen hatte 1740 in aller Stille die sozialen und materiellen Voraussetzungen geschaffen, die es zu einer europäischen Großmacht machen sollten Generalführer Friedrichs II. und letztlich zur Sicherstellung seiner Führungsrolle bei der deutschen Einigung.

Nun kann die Frage gestellt werden: Was war die politische Gesamtkonfiguration Deutschlands, die die spätere Vorherrschaft Preußens innerhalb Deutschlands möglich und logisch machte? Welche spezifischen Merkmale unterschieden sich umgekehrt vom Hohenzollern-Absolutismus von den rivalisierenden Territorialstaaten innerhalb des Heiligen Römischen Reiches mit einem ebenso plausiblen Anspruch auf die deutsche Vormachtstellung in der frühen Neuzeit? Zu Beginn kann eine einzige grundlegende Trennlinie durch das Reich gezogen werden, die seine westlichen von seinen östlichen Regionen trennt. Westdeutschland war im Großen und Ganzen dicht mit Städten übersät. Ab dem Hochmittelalter war die

Es. Für einen Bericht über die Struktur und Arbeitsweise des Generaloberdirektoriums siehe R. A. Dorwart, The Administrative Reforms of Frederick William 1 of Prussia, S. 170–179. Innerhalb der Verwaltung erhielten die „Finanzbeamten" kein Gehalt, sondern zahlten Provisionen für Geldstrafen aus erfolgreichen Strafverfolgungen, die durch ihre Ermittlungen eingeleitet wurden.

H. Holborn, A History of Modern Germany 1S4S—1S40, London 1965, S. 191-201.

Das Rheinland war eines der florierendsten Handelsgebiete Europas, lag an den Handelsrouten zwischen den beiden städtischen Zivilisationen Flandern und Italien und profitierte von der längsten natürlichen Wasserstraße des Kontinents. In der Mitte und im Norden dominierte die Hanse die Nord- und Ostseewirtschaft und erstreckte sich von Westfalen über die kolonialen Außenposten Riga und Reval in Livland bis nach Stockholm und Bergen in Skandinavien, während sie auch in Brügge eine privilegierte Stellung einnahm und London. Im Südwesten profitierten die

schwäbischen Städte vom transalpinen Handel und von den außergewöhnlichen Bergbauressourcen ihres Hinterlandes. Das spezifische Gewicht dieser zahlreichen Städte war nie groß genug, um Stadtstaaten italienischen Typs zu schaffen, denen ausgedehnte Agrargebiete unterworfen waren; Diejenigen, die wie Nürnberg einen bescheidenen ländlichen Umfang besaßen, waren eher die Ausnahme als die Regel. Denn ihre Größe war im Durchschnitt deutlich kleiner als die der italienischen Städte. Um 1500 hatten von etwa 3.000 deutschen Städten nur 15 eine Bevölkerung von mehr als 10.000 und zwei von mehr als 30.000 Einwohnern:18 Augsburg, die größte, hatte etwa 50.000 Einwohner, während Venedig oder Mailand über 100.000 Einwohner zählten. Andererseits hatten ihnen ihre Stärke und Vitalität im Mittelalter die Position freier Reichsstädte gesichert, die nur der nominellen Oberhoheit des Kaisers unterstanden (von denen es 85 gab), und sie hatten eine politische Fähigkeit zu kollektivem Handeln bewiesen auf regionaler Ebene, was die Territorialfürsten des Reiches alarmierte. Im Jahr 1254 hatten die rheinischen Städte einen defensiven Militärbund gebildet; 1358 vollzogen die Hansestädte ihren Wirtschaftsbund; 1376 gründeten die schwäbischen Städte einen bewaffneten Bund gegen den Grafen von Württemberg. Mit der Goldenen Bulle aus der Mitte des 14. Jahrhunderts wurden städtische Bündnisse offiziell verboten, was die rheinischen und schwäbischen Städte jedoch nicht davon abhielt, 1381 einen vereinigten süddeutschen Pakt zu schließen, der schließlich sieben Jahre später in der Tiefe von einem Fürstenheer niedergeschlagen wurde der späten feudalen Depression und der damit einhergehenden Anarchie im Reich. Das Wirtschaftswachstum der germanischen Städte beschleunigte sich jedoch in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts wieder rasch und erreichte seinen Höhepunkt in der Zeit von 1480 bis 1530, als Deutschland so etwas wie das diversifizierte Zentrum des gesamten europäischen Handels wurde

H. Holbom, Eine Geschichte des modernen Deutschland. Die Reformation, London 196$, p. 38.

System. Die Hanse war im Wesentlichen eine Handelsvereinigung ohne große Produktionsbetriebe in den Städten selbst: Ihre Gewinne stammten aus dem Getreidehandel und der Kontrolle der Heringsfischerei in Verbindung mit internationalen Finanztransaktionen. Das Rheinland mit den ältesten Städten Deutschlands besaß neben der Kontrolle über die Handelsrouten von Flandern in die Lombardei auch eine traditionelle Leinen-, Woll- und Metallindustrie. Der Wohlstand der schwäbischen Städte war neu und blühte von allen: Textil, Bergbau und Metallurgie gaben ihnen eine fortschrittliche Produktionsbasis, zu der in der Epoche Karls V. die Bankvermögen der Fuggets und Weisers hinzukamen Im 16. Jahrhundert übertrafen die süddeutschen Städte ihre italienischen Pendants eher an technischer Erfindungsgabe und industriellem Fortschritt. Sie waren es, die den ersten populären Vorstoß der Reformation anführten.

Das Wachstum der städtischen Wirtschaft in Deutschland schwächte sich jedoch Mitte des Jahrhunderts plötzlich ab. Widrigkeiten nahmen verschiedene, miteinander verbundene Formen an. Zunächst kam es zu einer langsamen Umkehr des Verhältnisses zwischen Agrar- und Industriepreisen, da die Nachfrage das Angebot an Nahrungsmitteln überstieg und die Getreidepreise rasch stiegen. Auch im deutschen Handelsnetzwerk selbst wurde zunehmend mangelnde strukturelle Integration deutlich. Die nördlichen und südlichen Enden des langen Städtebogens, der von den Alpen bis zur Nordsee reicht, waren nie ordnungsgemäß in einem gegliederten System miteinander verbunden.1 Die Hanse und die rheinisch-schwäbischen Städte bildeten immer getrennte Handelssektoren mit unterschiedlichen Hinterland- und Handelsgebieten Märkte. Der eigentliche Seehandel, das Herzstück des mittelalterlichen Handels, war auf die Hanse beschränkt, die einst die Meere von England bis Russland beherrscht hatte. Doch ab der Mitte des 15. Jahrhunderts hatte die konkurrierende Schifffahrt Hollands und Zeelands – besser konzipiert und ausgerüstet – den monopolistischen Einfluss der Hansehäfen in den nördlichen Gewässern gebrochen. Niederländische Heringsflotten erbeuteten die Fischerei, die von der Ostsee an die

norwegischen Küsten gewandert war, während niederländische Ladungen den Danziger Getreidehandel beeinträchtigten. Um 1500 waren die niederländischen Schiffe, die durch den Sund fuhren, den deutschen zahlenmäßig um 5:4 überlegen. Damit hatte der hanseatische Reichtum seinen Höhepunkt bereits überschritten

während der Zeit der maximalen deutschen kommerziellen Expansion insgesamt. Die Liga blieb dennoch reich und mächtig: Wie wir gesehen haben, war Lübeck in den 1520er Jahren maßgeblich daran beteiligt, Gustav Wasa in Schweden zu installieren und Christian II. in Dänemark zu stürzen. Der sehr starke absolute Anstieg des Ostseeverkehrs im 16. Jahrhundert glich in gewissem Maße den plötzlichen Rückgang seines relativen Anteils daran aus. Aber die Liga verlor ihre Vormachtstellung in Flandern, wurde ihrer Privilegien in England beraubt (1556) und war bis zum Ende des Jahrhunderts auf ein bloßes Viertel des Volumens der niederländischen Schifffahrt durch den Sund reduziert.15 Zunehmend aufgeteilt zwischen ihr Westfälische und wendische Flügel, es war eine erschöpfte Streitmacht. Unterdessen waren auch die rheinischen Städte auf andere Weise Opfer der niederländischen Dynamik. Denn der Aufstand der Niederlande hatte 1585 nach der spanischen Eroberung Antwerpens – dem traditionellen Endpunkt des Flussverkehrs – zur Schließung der Schelde geführt; und zur strengen Kontrolle der Rheinmündungen selbst durch die Vereinigten Provinzen. Die große Expansion der niederländischen See- und Industriemacht im späteren 16. und frühen 17. Jahrhundert drückte oder behinderte somit zunehmend die rheinische Wirtschaft flussaufwärts, da das niederländische Kapital seine Abflüsse zum Meer beherrschte. Die ältesten Städte des Rheinlands neigten daher dazu, in einen routinierten Konservatismus zu verfallen, und ihre archaischen Zunftsysteme erstickten jegliche Anpassung an neue Umstände: Köln, die berühmteste Stadt, war eine der wenigen deutschen Großstädte, die während der gesamten Geschichte eine Bastion des traditionellen Katholizismus blieb Jahrhundert. Neue Industrien in der Region siedelten sich tendenziell in kleineren und ländlicheren Gegenden an, die frei von unternehmerischen Beschränkungen waren.
Die südwestlichen Städte hingegen verfügten über eine stärkere Produktionsbasis und ihr Wohlergehen hielt länger an. Doch mit der enormen Ausweitung des internationalen Überseehandels seit der Epoche der Entdeckungen wurde ihre Lage im Landesinneren zu einem entscheidenden wirtschaftlichen Nachteil; während der Ausgleich entlang der Donau von den Türken blockiert wurde. Die spektakulären Operationen der Augsburger Bankhäuser im habsburgischen Kaisersystem, die Karl V. und Philipp II. bei aufeinanderfolgenden militärischen Abenteuern finanzierten, brachten ihre eigene Vergeltung mit sich. Die Fugger und die Weiser gingen am Ende durch ihre Kredite an die Dynastie zugrunde. Paradoxerweise sind die italienischen Städte – deren Verwandte

Der Niedergang hatte schon früher begonnen – tatsächlich endete das 16. Jahrhundert wohlhabender als die deutschen Städte, deren Zukunft zur Zeit der Plünderung Roms durch eine Armee von Landsknechten besser gesichert schien. Die Mittelmeerwirtschaft hatte den Auswirkungen des zunehmenden Atlantikhandels länger widerstanden als die Binnenwirtschaft Schwabens. Natürlich war die Schrumpfung der städtischen Zentren in Deutschland in dieser Epoche nicht gleichmäßig. Isolierte Städte – insbesondere Hamburg, Frankfurt und in geringerem Maße Leipzig – verzeichneten rasche Fortschritte und erlangten erstmals in der Zeit zwischen 1500 und 1600 große wirtschaftliche Bedeutung. Westdeutschland war zu Beginn des 17. Jahrhunderts nach damaligen Maßstäben immer noch eine allgemein wohlhabende und urbanisierte Zone, obwohl es kein nennenswertes Wachstum mehr verzeichnete. Die relative Dichte der Städte markierte somit ein kompliziertes politisches Muster, das dem Norditaliens ähnelte. Denn auch hier

gab es allein aufgrund der Macht und Pluralität der Handelsstädte keinen wachsenden Raum für den aristokratischen Absolutismus. Das soziale Umfeld der gesamten Zone war für große Fürstenstaaten ablehnend, und es entstand dort nie eine Territorialmonarchie von Bedeutung. Es fehlte der vorherrschende Adel, der dafür notwendig war. Doch gleichzeitig waren die Städte des Rheinlands oder Schwabens selbst trotz ihrer Zahl schwächer als die der Toskana oder der Lombardei. Sie hatten im Mittelalter in der Regel nie ein ländliches Contado italienischen Typs besessen, und in der frühen Neuzeit erwiesen sie sich als unfähig, sich zu eigentlichen Stadtstaaten zu entwickeln, vergleichbar mit den Herrschaften von Mailand und Florenz oder den Oligarchien von Venedig und Venedig Genua.14 Das politische Verhältnis der herrschaftlichen Klasse zu den Städten war daher in Westdeutschland recht ausgeprägt. Anstelle einer Vereinfachung der Karte in einige wenige mittelgroße Stadtstaaten, die von neoaristokratischen Abenteurern oder Patriziern regiert wurden, gab es eine Vielzahl kleiner freier Städte inmitten eines Labyrinths zwergenhafter Fürstentümer.

Die kleinen Territorialstaaten Westdeutschlands zeichneten sich insbesondere durch einen prominenten Anteil geistlicher Fürstentümer aus.

Brechts Kommentare zur bürgerlichen Mentalität der freien Bürger Deutschlands im Allgemeinen und zu seiner Heimatstadt Augsburg im Besonderen, wie Benjamin berichtet, waren vernichtend: Walter Benjamin, Understanding Brecht, London 1973, S. 119. Sie bilden einen merkwürdigen Kontrapunkt zu Gramsds nüchternen Überlegungen zu den italienischen Dramen derselben Epoche. Denn Brecht bewunderte die Renaissancestädte Italiens, während Gramsci die städtische Reformation in Deutschland lobte: Jeder suchte historische Tugend im nationalen Laster des anderen.

Von den vier westlichen Kurfürsten des Reiches waren drei Erzbistümer: Köln, Mainz und Trier. Diese merkwürdigen Verfassungsfossilien stammen aus der frühen Feudalzeit, als die sächsischen und schwäbischen Kaiser den Kirchenapparat in Deutschland als eines ihrer wichtigsten Instrumente der regionalen Herrschaft genutzt hatten. Während in Italien die bischöfliche Herrschaft in den nördlichen Städten früh gestürzt wurde, wo die größte Gefahr für die Kommunen in den politischen Absichten aufeinanderfolgender Kaiser und ihrem Hauptverbündeten gegen diese, dem Papsttum, lag, hatten die Kaiser in Deutschland im Gegensatz dazu im Allgemeinen sowohl die kommunale Autonomie als auch die bischöfliche Autonomie gefördert Autorität, gegen die Ansprüche weltlicher Barone und Fürsten in Absprache mit päpstlichen Intrigen. Das Ergebnis war, dass sowohl kleine Kirchenstaaten als auch freie Städte bis in die frühe Neuzeit überlebten. Auf dem Land nahm das Agrareigentum fast überall die Form der Grundherrschaft an, in der freie Bauernpächter Abgaben in Form von Sachleistungen oder in bar für ihren Besitz an Feudalgrundbesitzer zahlten, die häufig abwesende Eigentümer waren. Im Südwesten Deutschlands hatte sich eine große Anzahl kleinerer Adliger erfolgreich gegen die Aufnahme in territoriale Fürstentümer gewehrt, indem sie den Status von „kaiserlichen Rittern" erlangten, weil sie dem Kaiser selbst uneingeschränkt treu blieben und nicht einem aufsteigenden örtlichen Herrscher huldigten. Bis zum 16. Jahrhundert gab es etwa 2.500 dieser Reichsritter, deren gesamter Landbesitz sich auf nicht mehr als etwa 250 Quadratmeilen belief. Viele von ihnen wurden natürlich zu verbitterten oder rücksichtslosen Söldnern; aber viele andere Familien durchdrangen die eigentümlichen politisch-kirchlichen Komplexe, die in ganz Westdeutschland verstreut waren, und besetzten dort Ämter und Pfründe17 – zwei anachronistische Gesellschaftsformen, die sich gegenseitig fortsetzten. In dieser übersäten Landschaft gab es keinen Raum für das Wachstum eines substantiellen oder konventionellen absolutistischen Staates, nicht einmal auf regionaler Ebene. Die beiden bedeutendsten weltlichen Fürstentümer im Westen waren die Rheinpfalz und das Herzogtum Württemberg. In beiden befanden sich viele Reichsritter und

Kleinstädte, aber auch kein ernsthafter Territorialadel. Württemberg mit seinen 400.000 bis 500.000 Einwohnern hat in der gesamten deutschen Politik nie eine große Rolle gespielt oder den Anschein erweckt, dass es eine solche Rolle spielen könnte. Die Pfalz, die den vierten westlichen Kurfürsten im Reich stellte und die Zölle am Mittelrhein kontrollierte, war ein reicherer und bedeutenderer Staat, dessen Herrscher vergleichsweise früh eine absolutistische Autorität erlangten
Holbom, Eine Geschichte des modernen Deutschland. Die Reformation, S. 31, 38.

im 16. Jahrhundert.18 Doch sein einziger Versuch einer großen Expansion – der verhängnisvolle Angriff Friedrichs V. auf Böhmen im frühen 17. Jahrhundert, der den Dreißigjährigen Krieg auslöste – brachte dauerhafte Katastrophen mit sich: Nur wenige Gebiete Deutschlands wurden derart in Brand gesteckt durch konkurrierende Armeen im darauffolgenden europäischen Militärkonflikt. Das spätere 17. und frühe 18. Jahrhundert brachten kaum Erholungspause. Sowohl die Pfalz als auch Württemberg standen von 1672 bis 1714 an vorderster Front der Kriege Ludwigs XIV. und wurden von französischen und kaiserlichen Truppen gleichermaßen brutal verwüstet. Die strategische Verwundbarkeit dieser beiden westlichen Fürstentümer verschärfte ihre territorialen Beschränkungen. Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts waren sie nur noch eine Kleinigkeit der internationalen Diplomatie ohne politisches Gewicht innerhalb Deutschlands.
Das historische Terrain Westdeutschlands als Ganzes erwies sich somit als unvereinbar mit der Entstehung eines größeren Absolutismus. Dieselbe soziologische Notwendigkeit, die diese Abwesenheit im Westen verursachte, sorgte dafür, dass alle wichtigen Erfahrungen des absolutistischen Staatsaufbaus, die eine reale Möglichkeit der Errichtung einer endgültigen Hegemonie innerhalb des Imperiums zeigten, aus dem Osten kamen. Abgesehen zunächst von den habsburgischen Ländern in Österreich und Böhmen, auf die später eingegangen wird, lagen die zukünftigen Chancen der deutschen Einheit im Wesentlichen bei den drei Oststaaten, die von Tirol bis zum Baltikum eine Ebene bildeten: Bayern, Sachsen und Brandenburg. Ab dem 16. Jahrhundert waren sie neben dem Haus Österreich die einzigen wirklichen Anwärter auf die Führung eines national einheitlichen Deutschlands. Denn nur im erst kürzlich kolonialisierten und rückständigeren Osten, wo es viel weniger und schwächere Städte gab, war eine starke Maschinerie des Absolutismus – ungehindert durch die städtische Proliferation und unterstützt von einem mächtigen Adel – möglich. Um zu verstehen, warum es der nördlichste dieser drei Staaten war, der in Deutschland die Vormachtstellung erlangte, ist es notwendig, die innere Struktur jedes einzelnen Staates zu betrachten. Bayern war das älteste, eine bedeutende Einheit des karolingischen Reiches und eines der großen Stammherzogtümer des 10. Jahrhunderts. Im späten 12. Jahrhundert wurden die Wittelsbacher Herren von Bayern. Danach wurde sie von keiner anderen Linie mehr verdrängt: Die Wittelsbacher-Dynastie sollte von allen regierenden Familien die längste ununterbrochene Herrschaft über ihr Erbgebiet erreichen
Zu den sozialen Verhältnissen in Württemberg und der Pfalz siehe F. L. Carsten, Princes and Parliaments in Germany, Oxford 1959, S. 2-4, 341-7. in Europa (1180-1918). Seine Besitztümer wurden im Mittelalter häufig aufgeteilt, aber 1505 von Albert IV. erneut zu einem einzigen und mächtigen Herzogtum vereint, das etwa dreimal so groß war wie die Mark Brandenburg. Während der religiösen Umbrüche des 16. Jahrhunderts entschieden sich die bayerischen Herzöge ohne zu zögern für die katholische Sache und machten ihr Reich zum stärksten Bollwerk der Gegenreformation in Deutschland. Ihre energische Unterdrückung des Luthertums ging mit einer strengen Unterordnung der örtlichen Stände einher, dem Hauptschwerpunkt des protestantischen Widerstands im Herzogtum. Es wurde eine dynastische Kontrolle über das Erzbistum Köln erlangt,

das nach 1583 fast zwei Jahrhunderte lang eine wichtige Familienverbindung zum Rheinland blieb. Die Wittelsbacher Herrscher, die für dieses religiöse und politische Programm verantwortlich waren, führten auch die ersten bürokratischen Einrichtungen des Absolutismus in Bayern ein: In den 1580er-Jahren wurden eine Finanzkammer, ein Geheimrat und ein Kriegsrat nach österreichischem Vorbild eingerichtet.
Administrative Einflüsse aus Österreich bedeuteten jedoch nicht, dass Bayern in dieser Epoche in irgendeiner Weise ein habsburgischer Satellitenstaat war. Tatsächlich war die bayerische Gegenreformation der österreichischen weit voraus und lieferte sowohl Vorbild als auch Personal für die Rekatholisierung der habsburgischen Länder: Der zukünftige Kaiser Ferdinand II. selbst war ein Produkt der jesuitischen Ausbildung in Ingolstadt, zu einer Zeit, als der Protestantismus herrschte immer noch der vorherrschende Glaube der Landbesitzer in Böhmen und Österreich. Im Jahr 1597 errang Maximilian I. den Herzogstitel und erwies sich bald als der entschlossenste und fähigste Herrscher Deutschlands. Er berief vor dem Dreißigjährigen Krieg nur zweimal einen unterwürfigen Landtag ein, konzentrierte alle gerichtlichen, finanziellen, politischen und diplomatischen Befugnisse in seiner Person, verdoppelte die Steuern und sammelte 2 Millionen Gulden* Rücklagen für eine Kriegskasse. So brach der Dreißigjährige Krieg aus Bayern war der natürliche Anführer der katholischen Staaten Deutschlands gegen die Gefahr einer calvinistischen Machtübernahme in Böhmen. Maximilian I. rekrutierte und rüstete eine 24.000 Mann starke Armee für die Katholische Liga aus, die 1620 eine entscheidende Rolle beim Sieg am Weißen Berg spielte, und griff dann im folgenden Jahr die Pfalz an und eroberte sie. Während der langen, wechselhaften Zeit des darauffolgenden militärischen Kampfes belastete der Herzog sein Reich heftig und ignorierte dabei völlig die Proteste des Ständekomitees gegen den Preis seines Krieges

Anstrengung: Bis 1648 hatte Bayern nicht weniger als 70 Prozent der gesamten Kosten bezahlt, die den Armeen der Katholischen Liga während des Dreißigjährigen Krieges entstanden waren, was inzwischen die lokale Wirtschaft zerstört und die Bevölkerung dezimiert hatte, was zu einer akuten Depression führte im Herzogtum.19 Dennoch ging Maximilian aus Westfalen als der stärkste Autokrat Deutschlands hervor und praktizierte einen Absolutismus, der hemmungsloser und unnachgiebiger war als der von Friedrich Wilhelm in Brandenburg nach ihm. Bayern war durch die Annexion der Oberpfalz vergrößert worden und hatte die kurfürstliche Würde erlangt. Es schien der mächtigste ethnisch deutsche Staat im Reich zu sein.
Die Zukunft sollte diesen Anschein jedoch Lügen strafen. Der bayerische Absolutismus war früh vollzogen, aber er basierte auf sehr begrenzten und unelastischen Grundlagen. Tatsächlich erlaubte die soziale Struktur des Herzogtums keine weitere größere Expansion und verhinderte, dass der Wittelsbacher Staat eine aufsteigende gesamtdeutsche Rolle spielen konnte. Die bayerische Gesellschaftsformation enthielt im Gegensatz zu der württembergischen oder der pfälzischen Gesellschaft nur wenige freie Städte oder Reichsritter. Die Städte waren viel weniger urbanisiert als diese westlichen Fürstentümer und fast alle von kleinerer Größe: Die Hauptstadt München hatte im Jahr 1500 nur 12.000 Einwohner und im Jahr 1700 weniger als 14.000. Die örtliche Aristokratie bestand aus traditionellen Grundbesitzern, die der herzoglichen Autorität direkt untertan waren . Es war natürlich diese soziale Konstellation, die die rasche Entstehung eines absolutistischen Staates in Bayern und dessen anschließende Stabilität und Langlebigkeit ermöglichte. Andererseits war die Natur der bayerischen Landgesellschaft einer dynamischen Erweiterung des Reiches nicht förderlich. Denn so zahlreich der Adel war, so waren auch seine Besitztümer klein und verstreut. Die ihm unterstellte Bauernschaft bildete eine freie Pächterschaft, die ihren Grundbesitzern relativ geringe Abgaben schuldete: Die Arbeitsdienste erlangten nie wirkliche Bedeutung und beliefen sich im 16. Jahrhundert auf nicht mehr als vier bis sechs Tage im

Jahr. Auch genoss der Adel keine höhere Gerechtigkeit gegenüber seinen Arbeitskräften. Es kam kaum zu einer Konsolidierung der aristokratischen Besitztümer, was möglicherweise teilweise auf den Mangel an Exportmöglichkeiten für Getreide zurückzuführen war, angesichts der geografischen Lage Bayerns tief in der mitteleuropäischen Landmasse und ohne Flusswege zum Meer. Das bemerkenswerteste Merkmal der grundherrschaftlichen Landwirtschaft im Südosten Deutschlands war die wirtschaftliche Vorreiterrolle der Kirche, die bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts nicht weniger als 56 Prozent aller bäuerlichen Höfe besaß.
Carsten, Fürsten und Parlamente in Deutschland^ S. 392–406.

Im 18. Jahrhundert waren es lediglich 24 Prozent, die von der Aristokratie und 13 Prozent von der Dynastie kontrolliert wurden.20 Die relative Schwäche der Adelsklasse, die sich in dieser Eigentumsstruktur zeigte, spiegelte sich in ihrer juristischen Stellung wider. Es erlangte keine vollständige Steuerimmunität, obwohl es natürlich viel weniger besteuert wurde als jedes andere Anwesen. Und seine Bemühungen, jeglichen nichtadligen Erwerb seiner Gebiete zu verhindern, wurden im letzten Landtag des 17. Jahrhunderts offiziell in einem Gesetz verankert, das solche Käufe verbot wurde durch verdeckte kirchliche Operationen auf dem Grundstücksmarkt effektiv sabotiert. Darüber hinaus wirkte sich der akute Arbeitskräftemangel, der durch die Entvölkerung im Dreißigjährigen Krieg verursacht wurde, zum Nachteil der bayerischen Aristokratie aus, da diese zuvor keinen rechtlichen Einfluss auf die Dörfer hatte. Dies bedeutete, dass die Bauernschaft in der Praxis erfolgreich über eine Erleichterung der Abgaben und eine Verbesserung der Pachtverträge verhandeln konnte, während viele Adelsgüter verpfändet wurden. Dieser soziale Hintergrund setzte dem Potenzial des bayerischen Absolutismus enge politische Grenzen, die bald deutlich wurden. Dasselbe Muster – „kleine Adelsgüter, kleine Städte und kleine Bauern"21 –, das der Entstehung eines herzoglichen Absolutismus nur sehr wenig Widerstand entgegensetzte, verlieh ihm auch nur sehr wenig Schwung.
Das Herzogtum beendete den Dreißigjährigen Krieg mit einer Bevölkerung, die der des Hohenzollern-Kurfürsten im Norden entsprach – etwa 1.000.000 Untertanen. Der Nachfolger Maximilians I., Ferdinand Maria, stärkte den Zivilapparat der Wittelsbacher Herrschaft, indem er die Vormachtstellung des Geheimen Rates etablierte und den Allzweck-Rentmeister als Schlüsselbeamten für die örtliche Verwaltungsintendanz einsetzte; Der letzte Landtag wurde 1669 abgelöst, obwohl ein „ständiger Ausschuss" davon bis ins nächste Jahrhundert einigermaßen wirkungslos überlebte. Doch während der Große Kurfürst in Brandenburg stetig eine ständige Armee aufbaute, wurden nach Westfalen die bayerischen Truppen aufgelöst. Erst 1679 stellte der neue Herzog Max Emanuel eine wittelsbachische Streitmacht wieder zusammen. Aber selbst dann gelang es ihr nie, den gesamten bayerischen Adel in ihre Dienste zu ziehen: Lokale Aristokraten bildeten eine kleine Minderheit des Offizierskorps in einer ohnehin sehr bescheidenen Armee (ungefähr 14.000 in der Mitte des 18. Jahrhunderts). Max Emmanuel, ein ehrgeiziger und sorgloser General, der seine Sporen gegen die gewonnen hatte

Türken im Ersatz Wiens, wurde 1672 durch Heirat Regent der Spanischen Niederlande und kandidierte um die Wende des 18. Jahrhunderts für das hispanische Erbe. Er setzte auf höchste Einsätze und verbündete sich 1702 mit Ludwig XIV., als der Spanische Erbfolgekrieg ausbrach. Das französisch-bayerische Bündnis dominierte kurzzeitig die Stellungen in Süddeutschland und bedrohte Wien selbst. Doch Blenheim machte seine Siegchancen in Mitteleuropa zunichte. Bayern wurde für den Rest des Konflikts von österreichischen Truppen besetzt, während Max Emanuel – seines Ranges enthoben und unter den Bann des Reiches gestellt – nach Belgien floh. Der Versuch,

die französische Macht zu nutzen, um Windsbachs Vormachtstellung in Deutschland zu etablieren, war katastrophal gescheitert. Beim Frieden von Utrecht hatte der Herzog so wenig Vertrauen in die Aussichten seines bayerischen Erbes, dass er Österreich vorschlug, es gegen die südlichen Niederlande einzutauschen – ein Plan, gegen den England und Frankreich ein Veto einlegten und der zu einem späteren Zeitpunkt wieder auftauchen sollte. Die Dynastie kehrte in ein Land zurück, das durch ein Jahrzehnt der Plünderung und Zerstörung geschwächt war. Das Nachkriegsbayern verfiel allmählich in einen halbkomatösen Zustand der Introvertiertheit und Korruption. Die Extravaganz des Gerichts in München verschlang einen höheren Anteil des Staatshaushalts als vielleicht in jedem anderen deutschen Staat dieser Zeit. Die Staatsschulden stiegen stetig an, da Steuerpächter öffentliche Einnahmen verschwendeten, die Landbevölkerung weiterhin von religiösem Aberglauben befallen war und die Adligen eher zu kirchlichen Pfründnissen als zu militärischen Pflichten neigten.22 Die Größe des Herzogtums und die Erhaltung einer kleinen Armee sicherten Bayerns diplomatische Stellung Bedeutung innerhalb des Imperiums. Doch 1740 war es kein überzeugender Kandidat mehr für die politische Führung Deutschlands.

Sachsen, das nächste Reich im Norden, repräsentierte eine etwas andere Version der absolutistischen Entwicklung in der östlichen Reihe deutscher Staaten. Das örtliche Herrscherhaus, die Wettiner, erwarb das Herzogtum und Kurfürstentum Sachsen ursprünglich im Jahr 1425, wenige Jahre nachdem die Linie Hohenzollem die Mark Brandenburg erhalten hatte, und zwar auf ähnliche Weise – als Schenkung des Kaisers Sigismund für militärische Zwecke Verdienste in den Kriegen gegen die Hussiten, in denen Friedrich von Meißen, der erste Wettiner Kurfürst, einer seiner Oberleutnants gewesen war. 1485 zwischen ernestinischen und albertinischen Zweigen der Familie aufgeteilt, mit Hauptstädten jeweils in Wittenberg und

22. Holborn, A History of Modern Germany 1648-1840, S. 292-3.

Dennoch blieben die sächsischen Länder unter der Herrschaft Dresden-Leipzig die wohlhabendste und fortschrittlichste Region Ostdeutschlands. Ihre Vormachtstellung verdankten sie den reichen Silber- und Zinnminen der Berge und der Textilindustrie, die sich in den Städten entwickelte. Der Handelsknotenpunkt Leipzig war, wie wir gesehen haben, eine der wenigen deutschen Städte, die im 16. Jahrhundert ununterbrochen wuchsen. Der im Gegensatz zu Bayern oder Brandenburg relativ hohe Urbanisierungsgrad in Sachsen und die königlichen Rechte der örtlichen Fürsten im Bergbau führten zu einem sozialen und politischen Muster, das sich von dem des südlichen oder nördlichen Nachbarn unterschied. Im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit gab es keine mit Preußen vergleichbare herrschaftliche Reaktion: Die Macht des sächsischen Adels war angesichts des Gewichts der Städte in der Gesellschaftsformation nicht groß genug, um die Bauernschaft in die Leibeigenschaft zu zwingen. Die herrschaftlichen Herrschaften waren größer als in Bayern, auch weil die Ländereien der Geistlichen viel weniger bedeutend waren. Der grundlegende Trend auf dem Land ging jedoch zur freien Pachtwirtschaft mit der Umwandlung von Arbeitsleistungen in Barrenten – mit anderen Worten, zum milderen Regime der Grundherrschaft. Die Aristokratie erlangte keine vollständige Steuerimmunität (ihr Allodialbesitz war steuerpflichtig) und war nicht in der Lage, die rechtliche Sperrung des Adelsbesitzes für den Kauf durch Bürger sicherzustellen. Allerdings war es im Ständesystem gut vertreten, das im Laufe des 16. Jahrhunderts immer stabiler und einflussreicher wurde. Andererseits waren auch die Städte im Landtag stark vertreten, obwohl sie die Hauptlast der Alkoholsteuer zu tragen hatten, die zum Vorteil des Adels ein Grundeinkommen des Fürsten darstellte; Auch städtische Vertreter waren aus dem Obersteuercollegium ausgeschlossen, das ab den 1570er Jahren die Steuererhebung im Kurfürstentum verwaltete.

In diesem sozioökonomischen Kontext war die Wettiner-Dynastie in der Lage, Reichtum und Macht anzuhäufen, ohne die Stände direkt anzugreifen oder eine bürokratische Regierung erheblich zu entwickeln. Es hatte nie auf höhere gerichtliche Vorrechte verzichtet und verfügte über ein großes unabhängiges Einkommen aus seinen Bergbaurechten – die etwa zwei Drittel der Albertine Camera lieferten! Einnahmen in den 1530er Jahren, während der Wohlstand der Region schon früh sowohl rentable als auch erträgliche Konsumsteuern ermöglichte.23 Es ist daher nicht verwunderlich, dass Sachsen

wurde in der Reformationsepoche der erste Fürstenstaat, der die deutsche Arena politisch dominierte. Das ernestinische Kurfürstentum war ab 1517 die religiöse Wiege des Luthertums. Doch es war das albertinische Herzogtum, das erst 1539 in das protestantische Lager überging, das den Mittelpunkt der politischen Bühne in dem komplexen Drama nach dem Ausbruch der Epidemie beherrschte Reformation in Deutschland. Denn Maurice von Sachsen, der 1541 die Herrschaft über das Herzogtum übernahm, überlistete in seinem Streben nach dynastischen Vorteilen und territorialer Vergrößerung schnell alle rivalisierenden Fürsten und den Kaiser selbst. Er beteiligte sich zusammen mit Karl V. am kaiserlichen Angriff auf den Schmalkaldischen Bund, beteiligte sich an der Vernichtung der protestantischen Armeen bei Mühlberg und erwarb so den Großteil der ernestinischen Ländereien und den Kurfürstentitel. Indem er fünf Jahre später den französisch-lutherischen Angriff auf Karl V. inszenierte, zerstörte er die Chancen der Habsburger auf eine Wiederbekehrung Deutschlands und sorgte für die Einigung Sachsens unter seiner Herrschaft. Bei seinem Tod war der neue sächsische Staat das mächtigste und wohlhabendste Fürstentum Deutschlands. Es folgten fünfzig Jahre friedlichen Wachstums, in denen die Stände regelmäßig einberufen und die Steuern im Kurfürstentum stetig erhöht wurden.
Der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges traf Sachsen jedoch zu Beginn des 17. Jahrhunderts militärisch und diplomatisch unvorbereitet. Während Bayern in dem Konflikt eine herausragende Rolle unter den deutschen Staaten spielte, wurde Sachsen auf eine zögerliche Schwäche reduziert, die der Brandenburgs sehr ähnlich war. Sowohl der Wettiner als auch der Hohenzollemische Kurfürst standen in der Anfangsphase des Krieges auf der Seite des kaiserlichen Lagers der Habsburger, obwohl sie protestantisch waren. beide wurden anschließend von Schweden besetzt und verwüstet und dem Anti-Habsburger-Block unterworfen; Beide liefen daraufhin zu einem separaten Frieden mit dem Kaiser über. Sachsen erwarb durch den Westfälischen Frieden die Lausitz und seinen Fürsten eine reguläre Kriegssteuer, die zur Aufstellung einer bescheidenen ständigen Armee verwendet wurde. Der Reichtum des Landes ermöglichte es ihm, sich vergleichsweise schnell von den Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges zu erholen. Die direkten Steuern stiegen zwischen 1660 und 1690 etwa um das Fünf- bis Sechsfache. Der Militärapparat des Wettinerstaates war bis zum Ende des Jahrhunderts auf etwa 20.000 Mann angewachsen, als er zusammen mit entsprechenden bayerischen Kontingenten im Jahr 1690 eine angemessene Leistung gegen die Türken erbrachte das Relief von Wien. Im Jahr 1700 hatte Sachsen als ostdeutsche Macht noch einen Vorsprung gegenüber Brandenburg. Seine Armee war einige

was kleiner, und sein Ständesystem war nicht abgeschafft worden. Aber es hatte vielleicht die doppelte Bevölkerungszahl, war industriell viel weiter entwickelt und verfügte über eine proportional größere Staatskasse. Tatsächlich war das frühe 18. Jahrhundert nun Zeuge des großen sächsischen Strebens nach politischer Vorrangstellung innerhalb des deutschen Staatssystems. Denn 1697 konvertierte Kurfürst Friedrich August I. zum Katholizismus, um die österreichische Unterstützung für seine Kandidatur für die polnische Monarchie zu gewinnen. Diese Übung erwies sich als erfolgreich. Der Kurfürst erlangte als August II. als erster deutscher Herrscher einen

Königstitel und erhielt ein politisches Pfandrecht auf das nahegelegene Polen, das nur durch die schmale Länge Schlesiens von Sachsen getrennt war. Gleichzeitig wurde in Sachsen gegen den Widerstand der Stände erfolgreich eine allgemeine Umsatzsteuer eingeführt; bezeichnenderweise wurde jedoch die sächsische Verbrauchsteuer – anders als die brandenburgische – auf Kosten des Adels von den Städten auf das Land ausgeweitet. „4 Die Armee wurde nun auf 30.000 Mann aufgestockt und näherte sich damit ihrem Gegenstück in Brandenburg an.

Die sächsisch-polnische Union war jedoch kaum erreicht, als der letzte große Vorstoß des schwedischen Imperialismus sie zerschmetterte. Karl Der russische Sieg über Schweden in der Ukraine stellte am Ende des Großen Nordischen Krieges schließlich die internationale Position Sachsens wieder her. Die polnische Würde wurde August II. wiederhergestellt; in den 1730er Jahren wurde die Armee wieder aufgebaut; Die Stände wurden zunehmend missachtet. Doch der äußere Auftritt des Wettiner Staates, der sich in der barocken Eleganz seiner Hauptstadt Dresden widerspiegelte, entsprach nicht mehr seiner inneren Stärke. Die polnische Verbindung war eine dekorative Verlockung, die aufgrund des fiktiven Charakters der S^lachta-Monarchie mehr Kosten als Gewinn brachte: Die sächsische Belehnung war gerade deshalb angenommen worden, weil Russland und Österreich das Wettinerhaus für zu gering hielten, um gefährlich zu sein Rivale. Der dadurch ausgelöste Krieg hatte der Wirtschaft des Herzogtums großen Schaden zugefügt. Darüber hinaus war August II. im Gegensatz zum Sergeantenkönig in Berlin neben seinen militärischen Ambitionen auch für die Extravaganz seines Hofes berüchtigt. Diese kombinierten Belastungen schwächten Sachsen in den Jahren, in denen Preußen Vermögenswerte für den bevorstehenden Kampf innerhalb Deutschlands anhäufte, entscheidend. Die Bevölkerung Sachsens betrug im Jahr 1700 2.000.000

Carsten, Fürsten und Parlamente in Deutschland, S. 145-6. in den 1720er Jahren auf etwa 1.700.000 gesunken, während die in Preußen von etwa 1.000.000 im Jahr 1688 auf 2.250.000 im Jahr 1740 gestiegen war: Die relativen demografischen Werte hatten sich jeweils umgekehrt.25 Der sächsische Adel hatte wenig Begeisterung für die Abenteuer des Kurfürsten im Ausland gezeigt und verlor im Laufe des Jahrhunderts auf dem heimischen Grundstücksmarkt an Boden gegenüber den Bürgern. Die Stände überlebten, teilweise aufgrund der polnischen Zerstreuung der Dynastie, und in ihnen wuchs die Bedeutung der Städte, wenn überhaupt. Der bürokratische Apparat des Staates blieb unscheinbar und weniger entwickelt als der Bayerns. Mangels jeglicher Prüfungsdisziplin wurden die fürstlichen Finanzen mit Schulden überschwemmt. Das Ergebnis war, dass der sächsische Absolutismus trotz seines vielversprechenden Anfangs und der autokratischen Neigungen aufeinanderfolgender Wettiner nie wirkliche Festigkeit oder Beständigkeit erreichte: Die soziale Formation war zu fließend und von zu gemischtem Charakter.

Es ist nun verständlich, warum Brandenburg in so einzigartiger Weise für die Vorherrschaft in Deutschland ausgewählt wurde. Es kam zu einer fortschreitenden Eliminierung von Alternativen. Der absolutistische Staat war überall in Europa im Grunde ein politischer Apparat aristokratischer Herrschaft: Die gesellschaftliche Macht des Adels war die zentrale Quelle seiner Existenz. Innerhalb der fragmentierten Arena des nachmittelalterlichen Reiches konnten nur die Regionen, die über eine wirtschaftlich starke und stabile Landbesitzerklasse verfügten, jemals eine diplomatische oder militärische Führung Deutschlands erreichen: Denn nur sie konnten einen Absolutismus hervorbringen, der mit dem größeren Europa gleichziehen konnte Monarchien. Westdeutschland war also aufgrund seiner städtischen Zivilisationsdichte von vornherein ausgeschlossen. Bayern besaß keine Städte von übermäßiger Bedeutung und entwickelte zwar einen frühen Absolutismus im Zeichen der Gegenreformation: Aber sein Adel war zu schwach, sein Klerus zu begabt, seine Bauernschaft zu frei, um ein dynamisches Fürstentum zu gründen. In Sachsen gab es eine weiträumigere Aristokratie, aber seine Städte waren auch viel stärker und seine Bauernschaft nicht

unterwürfiger. Im Jahr 1740 hatten beide Staaten ihren Höhepunkt überschritten. Im Gegensatz dazu unterhielt die Junkerklasse in Preußen eine eiserne Leibeigenschaft auf ihren Ländereien und eine wachsame Vormundschaft über die Städte: Die herrschaftliche Macht erreichte ihren reinsten Ausdruck in den Hohenzollerngebieten, den entlegensten Außenposten deutscher Siedlungen im Osten. Es war also nicht die Außenfront Preußens gegenüber Polen, die seinen Aufstieg innerhalb Deutschlands bestimmte
Carsten, Fürsten und Parlamente in Deutschland, S. 250-1.

dachte Engels.*6 Tatsächlich war, wie wir gesehen haben, die Verstrickung mit Polen (Engels' Wort) tatsächlich einer der Auslöser des Niedergangs Sachsens; Die spätere Rolle Preußens bei den polnischen Teilungen war lediglich der Epilog zu den entscheidenden militärischen Siegen, die es bereits innerhalb Deutschlands selbst errungen hatte, und trug wenig dazu bei, es international zu stärken. Es war die innere Natur der preußischen Gesellschaftsformation, die ihre plötzliche Überschattung aller anderen deutschen Staaten in der Epoche der Aufklärung und ihre letztendliche Vorherrschaft über die Vereinigung Deutschlands erklärt. Dieser Aufstieg wurde durch die komplexe historische Gesamtheit des Reiches als Ganzes überbestimmt, die die Entstehung eines Absolutismus westlicher Prägung im Rheinland verhinderte, das Territorium des Reiches in rund 2.000 politische Einheiten fragmentierte und das Haus Österreich in seine nicht-nationalistische Richtung drängte. Germanische Grenzgebiete. Die wichtigste äußere Kraft, die das jeweilige Schicksal Preußens und Österreichs innerhalb Deutschlands beeinflusste, war nicht Polen, sondern Schweden. Denn es war die schwedische Macht, die im Dreißigjährigen Krieg die Chance einer habsburgischen Einigung des Reiches zunichte machte, und die schwedische Nähe war die größte ausländische Bedrohung, die als zentripetaler Druck auf den Aufbau des Hohenzollernstaates wirkte – dessen Zwang Bayern und Sachsen , die anderen ostdeutschen Fürstentümer, erlebten nie dasselbe Ausmaß, obwohl Sachsen nicht davor zurückschreckte, das letzte Opfer des nordischen Militarismus zu werden. Die Fähigkeit Preußens, der schwedischen Expansion zu widerstehen und jeden Rivalen innerhalb Deutschlands zu besiegen, muss wiederum mit der besonderen Besetzung der Junkerklasse selbst und der Konsolidierung eines dynastischen Absolutismus auf einer transparenten Klassenbasis durch den Großen Kurfürsten und Feldwebel zusammenhängen König.
Zunächst hinterließ die Größe des Landes selbst im späten 17. und frühen 18. Jahrhundert ihre Spuren in der preußischen Aristokratie. Die vereinigten Hohenzollerngebiete im Osten – Brandenburg, Ostpreußen und später Westpommern – waren noch klein und sehr dünn besiedelt. Ihre Gesamtbevölkerung lag 1740 unter 2.000.000, wenn man die westlichen Enklaven der Dynastie ausklammerte; die relative Dichte von
16. Siehe oben, S. 236. Weber scheint eine ähnliche Überzeugung vertreten zu haben. Siehe seinen Kommentar, dass „feindliche Angriffe auf die Marschen" des mittelalterlichen Deutschlands dafür verantwortlich waren, dass „ihre Statthalter überall mit starken Befugnissen ausgestattet waren". Er kam zu dem Schluss: „Aus diesem Grund kam es in Deutschland zu der stärksten Entwicklung zu einem einheitlichen Flächenstaat in Brandenburg und Österreich." Wirtschaft und Gesellschaft, III, S. 1051. Die Bevölkerungszahl betrug wahrscheinlich weniger als die Hälfte der Sachsens. Eines der beständigsten Motive der Staatspolitik seit dem Großen Kurfürsten war die Suche nach Einwanderern zur Kolonisierung dieser unterbevölkerten Region. Der protestantische Charakter Preußens sollte sich in dieser Hinsicht als entscheidender Vorteil erweisen. Flüchtlinge aus Süddeutschland nach dem Dreißigjährigen Krieg und Hugenotten nach dem Edikt von Nantes wurden in den Anfangsjahren eifrig angesiedelt: Niederländer, Deutsche und noch mehr Franzosen

unter Friedrich H. Allerdings muss man immer bedenken, dass Preußen ein äußerst bescheidenes Land blieb , bis hin zur Eroberung Schlesiens, im Vergleich zur allgemeinen Entwicklung der europäischen Monarchien zu dieser Zeit. Diese provinzielle Skala verstärkte bestimmte bemerkenswerte Merkmale der Junkerklasse. Denn vor allem war die preußische Aristokratie eine Besonderheit unter den großen europäischen Adligen, da sie nicht über ein sehr breites Spektrum an Schicksalen verfügte: Wir werden sehen, dass die polnischen Stfachta, die in vielerlei Hinsicht ähnlich waren, in dieser Hinsicht das genaue Gegenteil waren. Do? Die durchschnittlichen Rittergüter – die feudalen Handelshöfe des preußischen Adels – waren mittelgroß. Es gab keine Schicht großer Magnaten mit riesigen Latifundien, die weitaus größer waren als die Besitztümer des kleineren Adels, wie sie in den meisten anderen europäischen Ländern zu finden waren. 1 2 Der alte Herrenstand des Hochadels hatte Mitte des 16. Jahrhunderts seine Dominanz an die Masse der Ritterschaft verloren.3 Der einzige wirklich große Grundbesitzer war die Monarchie selbst: Die königlichen Herrschaften machten ein Drittel des Ackerlandes aus im 18. Jahrhundert.29 Daraus folgten zwei wichtige Konsequenzen für den Charakter der Junkerschicht. Einerseits war sie sozial weniger gespalten als viele andere europäische Aristokratien: Sie bildete im Großen und Ganzen einen zusammenhängenden Block gleichgesinnter Grundbesitzer mittlerer Größe ohne übermäßige regionale Unterschiede. Andererseits bedeutete es, dass der durchschnittliche Junker dazu neigte, eine direkte Funktion in der Organisation der Produktion auszuüben, wenn er nicht mit Dienstaufgaben beschäftigt war. Mit anderen Worten, er war sehr oft der tatsächliche und nicht nur nominelle Verwalter seiner Ländereien. (Die Wohnsitzstruktur des preußischen Adels begünstigte diese Tendenz natürlich, da es nur wenige Städte gab.) Das Phänomen der abwesenden Großgrundbesitzer mit der Übertragung der Verwaltungsfunktionen auf dem Herrschaftsgebiet auf Gerichtsvollzieher und Verwalter war ungewöhnlich. Wenn die relative Gleichheit des Reichtums die Junker von ihren polnischen Gegenspielern unterschied, trennte sie die sorgfältige Verwaltung des Herrschaftsgebiets vom russischen Adel. Die Disziplin des Exportmarktes trug zweifellos zu einer rationelleren Verwaltung der Gutherrschaft bei. Die preußischen Junker des späten 17. und frühen 18. Jahrhunderts waren somit eine kompakte soziale Klasse in einem kleinen Land mit rauen ländlichen Geschäftstraditionen. Als der Große Kurfürst und Friedrich Wilhelm I. ihren neuen absolutistischen Staat bauten, führten die ausgeprägten früheren Muster des Adels zu einer Verwaltungsstruktur sui generis.

Denn im Gegensatz zu praktisch jedem anderen Absolutismus war das preußische Modell in der Lage, die traditionellen repräsentativen Institutionen der Aristokratie produktiv zu nutzen, nachdem ihr zentraler Knotenpunkt aufgelöst worden war. Die Provinzialgüter oder Landtage verfielen, wie wir gesehen haben, nach den 1650er Jahren zunehmend; Die letzte wirkliche Sitzung des Brandenburgischen Landtags im Jahr 1683 war weitgehend der Klage über die Allmacht des Generalkriegskommissariats gewidmet. Aber die örtlichen „Kreistage" wurden zur grundlegenden bürokratischen Einheit auf dem Land. Ab 1702 wählten diese Junkerräte Kandidaten aus dem örtlichen Adel für das Amt des Landrats, von denen dann einer von der Monarchie offiziell in das Amt berufen wurde. Die Institution des Landrats, der mit allen administrativen, steuerlichen und militärischen Befugnissen in den ländlichen Bezirken ausgestattet war, erinnert in gewisser Weise an den Friedensrichter in England in seinem klugen Kompromiss zwischen der autonomen Selbstverwaltung des Adels und der einheitlichen Autorität von der Zentralstaat. Die Ähnlichkeit ist jedoch irreführend, da die Aufteilung der Sphären in Preußen auf einem Fundament knechtischer Arbeit beruhte. Die Leibeigenschaft konnte in Preußen technisch gesehen zwei Formen annehmen. Leibeigenschaft war die erbliche persönliche Untertanenschaft der Bauern ohne jegliche Bürger- oder Eigentumsrechte, die unabhängig vom Land verkauft werden konnten. Unter Erbuntertänigkeit versteht man die Bedingung der erblichen Abhängigkeit vom Grundbesitz, mit

einigen minimalen gesetzlichen Rechten, aber der Bindung an die Herrschaft und obligatorischen Diensten für den Herrn sowohl im Haus als auch im Feld. In der Praxis gab es kaum einen Unterschied zwischen den beiden. Der Staat übte somit überhaupt keine direkte Gerichtsbarkeit über die Masse der Landbevölkerung aus, die von den Junkern in ihren Gutsbezirken unter der Aufsicht des Landrates regiert wurde und deren Steuern – zwei Fünftel des bäuerlichen Einkommens80 – direkt von ihnen eingezogen wurden ihre Herren. Die Städte hingegen und das königliche Herrschaftsgebiet selbst wurden von einer professionellen Bürokratie regiert, die der direkte Arm des Absolutismus war. Ein sorgfältiges Maut- und Verkehrskontrollsystem regelte den Personen- und Güterverkehr von einem Sektor zum anderen dieser Doppelverwaltung.

Die Militärkaste selbst wurde, wie wir gesehen haben, überwiegend aus dem Adel übernommen: Im Jahr 1739 waren alle 34 Generäle, 56 von 57 Obersten, 44 von 46 Oberstleutnants und 106 von 108 Majoren Aristokraten. 81 Auch die höhere Zivilbürokratie rekrutierte sich weitgehend und zunehmend aus der Junkerschicht. Der Sergeant King achtete darauf, in seinen Provinzkammern ein Gleichgewicht zwischen Adligen und Bürgern herzustellen, aber sein Sohn förderte bewusst Aristokraten auf Kosten der Funktionäre der Mittelschicht. Strenge kollegiale Prinzipien bestimmten die Organisation dieses öffentlichen Dienstes, dessen Grundzelle der „Vorstand" aus mitverantwortlichen Beamten und nicht der einzelne Funktionär war – ein System, das gut darauf ausgelegt ist, einem lutherischen Adel unpersönliche kollektive Pflicht und Redlichkeit zu vermitteln.88 Das Bemerkenswerte Disziplin und Wirksamkeit dieser Institutionen spiegelten die Einheit der Klasse wider, die sie besetzte. Es gab keine großen Rivalitäten mit Klienten innerhalb des Staatsapparats; Aufgrund der Nichtigkeit der Städte gab es nur eine minimale Käuflichkeit der Ämter. es gab nicht einmal Steuern

Holbom, Eine Geschichte des modernen Deutschland 1648–1840, S. 196.

Alfred Vagts, A History of Militarism, London 1959, S. 64. Bis 1794 wurde die preußische Armee von 895 Generälen aus 518 Adelsfamilien kommandiert. Im gesamten Offizierskorps waren die Ausländer zahlreicher als die Bürger.

Dorn, „Die preußische Bürokratie im achtzehnten Jahrhundert", Political Science Quarterly, Bd. 46, 1931, Nr. 3, S. 406, der die Arbeitsweise der Kriegs- und Domänen-Kammern bespricht. Die kollegiale Organisation hatte in Spanien keineswegs zu administrativer Effizienz oder Entschlossenheit geführt: Der Kontrast lässt sich zweifellos zum Teil durch die ausgeprägte ethische Ausrichtung des Protestantismus in Preußen erklären – eine Variable, der unter anderem Engels große Bedeutung für seinen Aufstieg beimaß ein ganzes. Es dauerte bis Friedrich II. (der ein Ripe aus Frankreich importierte), weil die Gutsbesitzer selbst mit der Erhebung der Steuereinnahmen von ihren Bauern auf dem Land betraut waren und die städtische Verbrauchsteuer von professionellen Steuerräten kontrolliert wurde, während die königliche Herrschaft über eine große Kamera verfügte! eigenes Einkommen. Die preußischen Junker hatten im 18. Jahrhundert so fest die Macht über Staat und Gesellschaft, dass sie keine Notwendigkeit für den Vinkulismus ihrer westlichen Kollegen verspürten: Friedrich II. versuchte, den primogenituralen Maiorat zur Konsolidierung der Adelsstände zu fördern, doch sein ideologischer Eifer fand kaum Resonanz die Grundbesitzer, die sogar die alten feudalen Regeln der kollektiven Agnatenkonsens für Familiendarlehen beibehielten.38 Sie wurden nicht von einer aufstrebenden Bourgeoisie bedroht, die nach und nach den Landmarkt öffnete, und hatten daher kaum das Bedürfnis, ihre soziale Stellung durch die Enterbung ihrer Kadettenkinder zu schützen: Junker Nach dem Tod ihrer Besitzer wurden die Ländereien gewöhnlich geteilt (was wiederum dazu beitrug, ihre Größe zu begrenzen). Frei von inneradligen Spannungen, überragend über die Städte und Herren ihrer Bauern, war die Klasse der preußischen Grundbesitzer fester mit ihrem Staat verbunden als jede andere in Europa. Bürokratische Einheit und ländliche Autonomie wurden in diesem Kohlparadies

auf einzigartige Weise in Einklang gebracht. Der auf diesen Grundlagen aufgebaute Junker-Absolutismus enthielt ein gewaltiges Expansionspotenzial.
Im Jahr 1740 starben sowohl Friedrich Wilhelm I. als auch Kaiser Karl VI. Der preußische Erbe Friedrich II. fiel sofort über Schlesien. Diese reiche habsburgische Provinz wurde schnell von der Hohenzollem-Armee besetzt. Frankreich nutzte die Gelegenheit, um die preußische Unterstützung für einen bayerischen Kandidaten für die Kaiserwürde zu sichern. 1741 wurde der Wittelsbacher Herzog Karl Albrecht zum Kaiser gewählt und französisch-bayerische Truppen marschierten in Böhmen ein. Zu den preußischen Kriegszielen gehörte nicht die Wiederbelebung der bayerischen Vormachtstellung in Süddeutschland oder die Vorherrschaft Frankreichs im Kaiserreich. Nachdem Friedrich II. Österreich im Feld besiegt hatte, schloss er 1742 einen Separatfrieden mit Wien und überließ Preußen den Besitz Schlesiens. Die militärische Erholung der Habsburger im Kampf gegen Frankreich und die Annäherung Sachsens an Österreich führten dazu, dass er zwei Jahre später wieder in den Krieg eintrat, um seine Errungenschaften zu schützen. Sachsen wurde besiegt und geplündert: Die österreichischen Armeen konnten nach sehr harten Kämpfen erfolgreich zurückgehalten werden. Im Jahr 1745 wurde der internationale Konflikt mit der Wiederherstellung des Kaisertitels beendet
Goodwin, „Preußen", S. 95-97 – das böhmische Königreich an die habsburgische Erbin Maria Theresia und die Bestätigung der Eroberung Schlesiens durch die Hohenzollern. Die durch die Arbeit seiner Vorgänger lange vorbereiteten Siege Friedrichs II. im Österreichischen Erbfolgekrieg stellten den strategischen Wendepunkt in der europäischen Karriere des preußischen Absolutismus dar und machten ihn zum ersten Mal zu einer siegreichen Macht in Deutschland. Tatsächlich hatte Berlin gleichzeitig gegen München, Dresden und Wien gepunktet. Die letzte bayerische Chance auf politische Expansion war vereitelt; die sächsischen Armeen waren in die Flucht geschlagen worden; und das Kaiserreich Österreich war seiner am stärksten industrialisierten Provinz Mitteleuropas beraubt worden, in der sich das Handelszentrum Breslau befand. Umgekehrt erhöhte sich durch den Erwerb Schlesiens die Bevölkerung Preußens auf einen Schlag um 50 Prozent auf rund 4 Millionen Einwohner und verschaffte dem Land im Osten erstmals einen relativ entwickelten Wirtschaftsraum mit einer langen Tradition städtische Manufakturen (Textilien). Das Feudalsystem in Preußen insgesamt wurde durch diese Erweiterung jedoch nicht wesentlich verändert: Die Masse der Landbevölkerung Schlesiens, nicht weniger als die Brandenburgs, war Erbuntertänigen. Der örtliche Adel besaß lediglich größere Ländereien. Die Annexion Schlesiens war in der Tat relativ gesehen vielleicht die wichtigste und lukrativste Einzelerweiterung eines europäischen Kontinentalstaates in dieser Epoche.31

Es war das Ausmaß des preußischen Erfolgs von 1740 bis 1745 und die damit verbundene schnelle und entscheidende Verschiebung des Machtgleichgewichts, die das außergewöhnliche Ausmaß der vom österreichischen Kanzler Kaunitz im darauffolgenden Jahrzehnt gegen Preußen geknüpften Koalition erklärt. Die Rache sollte in einem Ausmaß ausfallen, das dem Ausmaß der Aufregung angemessen war: Bis 1757 hatte Kaunitz' „diplomatische Revolution" Österreich, Russland, Frankreich, Schweden, Sachsen und Dänemark gegen Preußen vereint. Die Gesamtbevölkerung dieser Mächte war mindestens zwanzigmal so groß wie die des beabsichtigten Opfers ihrer Allianz: Das Ziel der Koalition war nichts Geringeres, als den preußischen Staat von der Landkarte Europas zu tilgen. Von allen Seiten umzingelt, schlug Friedrich II. in seiner Verzweiflung zuerst zu und eröffnete mit dem Einmarsch in Sachsen offiziell den Siebenjährigen Krieg. Der erbitterte Kampf, der darauf folgte, war der erste wirklich gesamteuropäische Krieg, an dem alle Großmächte von Russland über England und Spanien bis Schweden gleichzeitig beteiligt waren, da der Kontinentalkonflikt mit dem verflochten war
Siehe Dorns Urteil: Competition for Empire, S. 174-175.

See- und Kolonialkonflikt zwischen Großbritannien und Frankreich. Der von Friedrich II. befehligte preußische Militärapparat, der heute aus einer Armee von etwa 150.000 Mann besteht, überlebte erschütternde Rückschläge und Niederlagen, um am Ende mit einem knappen Siegesvorsprung gegen alle seine Feinde hervorzugehen. Die von England finanzierten Ablenkungskampagnen in Westfalen, die die französischen Streitkräfte abzogen, und der schließliche Austritt Russlands aus der Koalition waren entscheidende Faktoren für das „Wunder" des Hauses Brandenburg. Aber das wahre Geheimnis der preußischen Widerstandsfähigkeit war die glänzende Wirksamkeit seines Absolutismus: Die Staatsstruktur, die von Kaunitz für eine schnelle und vollständige Zerstörung vorgesehen war, erwies sich als weitaus fähiger, den enormen wirtschaftlichen und logistischen Belastungen des Krieges standzuhalten als die weitläufigen Reiche, gegen die sie sich aufstellte es im Osten. Beim Frieden von 1763 wechselte kein Territorium den Besitzer. Schlesien blieb eine Hohenzollernprovinz und Wien beendete den Krieg in einer schlechteren finanziellen Lage als Berlin. Die Abwehr des Großangriffs Österreichs sollte sich als endgültige Niederlage für die habsburgischen Waffen in Deutschland erweisen, wie die späteren Ereignisse zeigten: Die tieferen Folgen wurden erst später deutlich. Sachsen, das von Friedrich II. wiederholt und unerbittlich ausgeplündert wurde, musste die Hälfte der gesamten preußischen Kriegskosten tragen; Es versank nun in der politischen Bedeutungslosigkeit und verlor wenige Monate nach dem Frieden sein polnisches Medaillon. Obwohl Preußen keine geographischen Gewinne erzielt und keine entscheidenden Feldzüge gewonnen hatte, war Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg im Gleichgewicht Deutschlands strategisch stärker als davor.

Die Ziele der Außenpolitik Friedrichs H. wurden unterdessen durch die Arbeit seiner innenpolitischen Herrschaft ergänzt. Die obersten Ränge der Bürokratie und der Armee wurden von der Monarchie bewusst aristokratisiert. Die Justiz wurde von Von Cocceji reformiert und die Bestechlichkeit weitgehend aus dem Rechtssystem verbannt.1 2 Die Wirtschaft wurde durch offizielle Programme sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Industrie gefördert. Es wurden ländliche Entwässerung, Landbesiedlung und Verkehrsverbesserungen organisiert. Staatliche Manufakturen wurden gegründet, Schifffahrt und Bergbau gefördert und Textilindustrien entwickelt. Die ersten systematischen „populationistischen" Maßnahmen in Europa wurden mit Zentren zur Anwerbung von Einwanderern im Ausland verfolgt.35 Friedrich II. war auch für eine kühne Neuerung des preußischen Absolutismus verantwortlich, die im nächsten Jahrhundert weitreichende Folgen haben sollte, wenn auch größtenteils auf dem Papier Mit dem Generallandschulreglement von 1763 wurde erstmals die Einführung einer obligatorischen Grundschulbildung für die gesamte männliche Bevölkerung beschlossen. Andererseits waren die Maßnahmen zum Schutz der Bauernschaft vor Unterdrückung und Vertreibung durch Grundbesitzer weitgehend von der Angst motiviert, dass ihnen die arbeitsfähigen Arbeitskräfte entzogen würden Armee und erwies sich durchweg als wirkungslos. Hypothekenbanken, die notleidenden Grundbesitzern helfen sollten, sollten von der Junkerschicht zunächst mit Misstrauen aufgenommen werden, sollten aber eine größere Bedeutung erlangen. Die öffentlichen Finanzen, die sorgfältig kontrolliert und praktisch von jeglichen Gerichtskosten befreit wurden, stiegen trotz der Kriege der Herrschaft bemerkenswert an. Die jährlichen königlichen Einnahmen verdreifachten sich von 7 Millionen auf 23 Millionen Taler (1740–86), während sich die Reserven von 10 auf 54 Millionen verfünffachten. 8' Der überwiegende Teil der Staatsausgaben floss natürlich in die Armee, deren Truppenstärke unter Friedrich II. von 80.000 auf 200.000 Mann anstieg – das höchste Verhältnis zur Bevölkerungszahl aller Länder in Europa; Der Anteil ausländischer Regimenter – die im Ausland angeheuert oder unterstellt wurden – wurde bewusst maximiert, um die begrenzte produktive Bevölkerung im Inland zu schonen. Durch die Teilung Polens im Jahr 1772 im Einvernehmen mit Russland und Österreich kamen Westpreußen und das Ermland zu den Hohenzollerngebieten im

Osten hinzu, wodurch diese zu einem einzigen Territorialblock zusammengefasst wurden und das demografische Potenzial des Staates zunahm. Die Gesamtbevölkerung Preußens hatte sich gegen Ende der Herrschaft von 2,5 auf 5,4 Millionen verdoppelt.88 International war der militärische Ruf des preußischen Absolutismus nach dem Siebenjährigen Krieg inzwischen so beeindruckend, dass Friedrich II. die Macht effektiv diktieren konnte die beiden größten Krisen in Deutschland der nächsten Jahrzehnte zu bewältigen, ohne dass es zu ernsthaften Waffenlieferungen kommen musste. In den Jahren 1778–79 und erneut in den Jahren 1784–85 versuchte Österreich, seine Position innerhalb Deutschlands durch einen Tausch der südlichen Niederlande gegen Bayern zurückzugewinnen, und einigte sich zu diesem Zweck zweimal mit dem Wittelsbacher Kurfürsten. Der Zusammenschluss Bayerns mit Österreich hätte die deutsche Geschichte verändert, die Habsburger-Dynastie im Süden unangreifbar stark gemacht und die gesamte politische Ausrichtung Wiens wieder zentral in das Reich verlagert. Auf beiden
Holbom, Eine Geschichte des modernen Deutschland 1648—1840, S. 268.
Ebd., S. 262.

In einigen Fällen reichte das preußische Verbot aus, um das Projekt zunichte zu machen. Zunächst reichten einige symbolische Scharmützel in Böhmen aus. Zweitens war die diplomatische Ausrichtung Berlins von Hannover, Sachsen, Mainz und anderen Fürstentümern in einem gemeinsamen Block gegen Österreich ein angemessenes Veto: Die von Friedrich II. 1785, ein Jahr vor seinem Tod, gegründete „Fürstenvereinigung" bewarb und besiegelte die Hohenzollern-Übermacht in Norddeutschland.
Vier Jahre später brach die Französische Revolution aus und die Lebensfähigkeit jedes Ancien Regime in Europa, egal wie politisch neu, wurde in Frage gestellt, als sich auf den Schlachtfeldern des revolutionären Krieges verschiedene historische Zeiten kreuzten. Preußen, das in der ersten konterrevolutionären Koalition gegen Frankreich im Westen schlecht abgeschnitten hatte, nutzte die Gelegenheit, um den Rest Polens mit Russland und Österreich im Osten zu teilen, und zog sich dann 1795 umgehend aus dem Kampf mit der Republik zurück. Der Tag Die Abrechnung wurde durch die Neutralität Hohenzollerns während des nächsten Jahrzehnts des europäischen Krieges nur hinausgeschoben. Im Jahr 1806 stellte der Angriff Napoleons den preußischen absolutistischen Staat auf eine harte Probe. Seine Armeen wurden bei Jena vernichtet und es musste in Tilsit einen Friedensvertrag unterzeichnen, der es auf den Satellitenstatus reduzierte. Das gesamte Gebiet westlich der Elbe wurde beschlagnahmt, in seinen Festungen wurden französische Garnisonen stationiert und ihm wurden hohe Entschädigungen auferlegt. Dies war die Krise, die die „Ära der Reformen" hervorbrachte. In diesem Moment der größten Gefahr und Schwäche konnte der preußische Staat auf eine bemerkenswerte Reserve an politischem, militärischem und kulturellem Talent zurückgreifen, um seine Existenz zu retten und seine Struktur zu erneuern. Viele dieser begabten Reformer stammten tatsächlich aus dem Westen und der Mitte Deutschlands, also aus sozial weit fortgeschritteneren Regionen als Preußen selbst. Stein, der politische Anführer der Gegenbewegung gegen Napoleon, war ein kaiserlicher Ritter aus dem Rheinland. Gneisenau und Schamhorst, die Architekten der neuen Armee, stammten aus Hannover bzw. Sachsen. Fichte, der philosophische Ideologe des „Befreiungskrieges" gegen die Franzosen, lebte in Hamburg. Hardenberg, der Adlige, der am meisten für die endgültige Form der Reformen verantwortlich war, war ein Hannoveraner." Die gemischte Provenienz der Reformatoren war
Praktisch die einzige wichtige politische Persönlichkeit, die an den Reformen beteiligt war und gebürtiger Preuße war, war der Pädagoge von Humboldt, obwohl Clausewitz – die größte intellektuelle Größe dieser Generation – ebenfalls gebürtiger Brandenburger war.

Vorahnung. Der preußische Absolutismus erlebte von nun an neuen Aufschwung und tiefgreifende Veränderungen im Charakter, ausgehend von der grundlegenden Tatsache seiner kulturellen und territorialen Nähe zum Rest Deutschlands. Mit dem Erscheinen Napoleons vor den Toren Berlins bestand keine Möglichkeit mehr, dass sich der Hohenzollernstaat in naher Zukunft entwickeln würde. Der Reformimpuls reichte jedoch vorerst nicht sehr weit. Stein, ein von Montesquieu und Burke beeinflusster frankophober Emigrant, stellte Pläne für bürgerliche Gleichheit, Agrarreform, lokale Selbstverwaltung und nationalistische Mobilisierung gegen Napoleon vor. In seinem Amtsjahr (1807–1808) schaffte er das mittlerweile schwerfällige Generaldirektorium ab. und führte ein konventionelles Ministersystem mit Funktionsabteilungen nach dem Vorbild der französischen Monarchie ein, während Sonderbeamte aus der Hauptstadt entsandt wurden, um die Provinzangelegenheiten zu überwachen. Das Ergebnis war in der Praxis eine verstärkte Zentralisierung des gesamten Staatsapparats, die nur nominell durch die Gewährung begrenzter kommunaler Autonomie an die Städte ausgeglichen wurde. Auf dem Land wurde die Leibeigenschaft offiziell abgeschafft und das Drei-Stände-Rechtssystem abgeschafft. Diese Politik stieß wegen ihres „Radikalismus" auf heftigen Widerstand in der Junkerklasse, und als Stein begann, gegen die Patrimonialgerichtsbarkeit und die Steuerimmunität des Adels vorzugehen und einen allgemeinen bewaffneten Angriff gegen Frankreich zu planen, wurde er sofort aus dem Amt ausgeschlossen.

Sein Nachfolger Hardenberg, ein Hofpolitiker, wandte dann eine geschickte Dosis Gesetzgebung an, die genau darauf abzielte, den preußischen Absolutismus und die Klasse, die er vertrat, in dem Maße zu modernisieren, wie es zu ihrer Wiederbelebung erforderlich war, ohne die wesentliche Natur des Feudalstaates zu beeinträchtigen. Von 1810 bis 1816 wurde eine Agrarreform durchgeführt, die das Elend auf dem Land noch weiter verschärfte. Als Gegenleistung für die gesetzliche Emanzipation erlitten die Bauern eine wirtschaftliche Plünderung von etwa einer Million Hektar und 260 Millionen Mark als „Entschädigung" an ihre ehemaligen Herren für ihre neue Freiheit.40 Das sogenannte Bauernlegen war ein kaltes Instrument zur Enteignung der Bauernschaft. Gemeindeland und die Dreifelderwirtschaft wurden weggefegt. Das Ergebnis war eine Vergrößerung

W. M. Simon, The Failure of the Prussian Reform Movement i8oy-18 ie>, New York 1971, S. 88–104. Für die Umwandlung ihrer Arbeitsleistungen an ihre früheren Herren mussten die Bauern eine Entschädigung sowohl in Form von Land als auch in bar zahlen. Diese Leistungen wurden noch bis 1865 von Bauern eingelöst. Die oben angegebene Schätzung für die Abfindungszahlungen stammt aus Theodore Hamerow, The Social Foundations of German Unification, Princeton 1969, S. 37.

die Grundherrschaften und schaffen eine wachsende Masse landloser Landarbeiter, die den Junkern durch strenge gesetzliche Vorschriften zur Verfügung gestellt werden. Hardenberg erweiterte gleichzeitig den Zugang zum Grundbesitz für das Bürgertum (das nun Ländereien erwerben konnte) und zu den Berufen für den Adel (der nicht mehr durch die Aufnahme von Anwalts- oder Geschäftstätigkeiten seinen Rang verlor). Dadurch wurde die Vitalität und Vielseitigkeit des Junkerstandes gesteigert, ohne dass es zu gravierenden Privilegienverlusten kam. Ein Versuch, die Rolle des Landrats zu beenden, wurde von der Aristokratie schnell vereitelt, und die traditionellen Kreistage blieben unreformiert. Tatsächlich wurde die Herrschaft des Adels über das Land durch die Ausweitung der Landratsbefugnisse auf ländliche Städte verstärkt. Die herrschaftlichen Abgaben blieben noch lange nach der Abschaffung der Leibeigenschaft bestehen. Die Befreiung des Rittergutes von der Grundsteuer dauerte bis 1861; bis 1871 herrschaftliche Polizeigerichtsbarkeit; Junkermonopol der Kreisverwaltung bis 1891. In den Städten schaffte Hardenberg die Zunftmonopole ab, konnte den Fiskaldualismus jedoch nicht beenden; während Humboldt das öffentliche Bildungssystem drastisch erweiterte und modernisierte, von der Volksschule bis zur

Gründung der neuen Universität Berlin. In der Zwischenzeit organisierten Schamhorst und Gneisenau ein Reservesystem, um die Post-Tilsit-Bestimmungen zu umgehen, die die Größe der preußischen Armee einschränkten, die Rekrutierung „popularisierten", aber dadurch auch die institutionelle Militarisierung der gesamten Gesellschaftsordnung verstärkten. Die Feldbestimmungen und das taktische Training wurden aktualisiert. Kommandofunktionen wurden formell bürgerlichen Rekruten zugänglich gemacht, aber Offiziere konnten ein Veto gegen die Neuaufnahme in ihre Regimenter einlegen – um sicherzustellen, dass die Kontrolle der Junker nicht gefährdet wurde. 1 Der Nettoeffekt der Reformära bestand eher darin, den königlichen Staat in Preußen zu stärken als zu mäßigen. Bezeichnenderweise war es jedoch in dieser Zeit, dass die Junkerklasse – der loyalste Adel in Europa während des schwierigen Wachstums des Absolutismus im 17. und 18. Jahrhundert, die einzige Klasse dieser Klasse, die nie zu Bürgerkriegen gegen die Monarchie griff – nun für die Beim ersten Mal wurde er stimmlich unruhig. Die Bedrohung ihrer Privilegien durch die Reformatoren löste, auch wenn sie bald wieder zurückgenommen wurde, ideologischen Widerstand bewusst neofeudalen Charakters aus. Von Marwitz, der Anführer der Brandenburger Dissidenz gegen Hardenberg, prangerte offenkundig beide Absolutismen an

und Parlamentarismus im Namen der längst vergessenen Ständeverfassung vor der Ankunft des Großen Kurfürsten. Von nun an herrschte in Preußen immer ein cholerischer Junker-Konservatismus, eine vom 17. ins 19. Jahrhundert seltsamerweise verschobene Stimmung, die oft im Widerspruch zur Monarchie stand.

Die Summe der Reformen ermöglichte es Preußen, kompetent an der endgültigen Koalition teilzunehmen, die das napoleonische Frankreich besiegte. Dennoch handelte es sich im Wesentlichen um ein traditionelles Ancien Rigime, das zusammen mit seinen Nachbarn Österreich und Russland am Wiener Kongress teilnahm. Obwohl die preußischen Reformatoren von Metternich als „Jakobiner" verachtet wurden, war der Staat Hohenzollem nach den Josephinischen Reformen des späten 18. Jahrhunderts in gewisser Hinsicht sozial immer noch weniger fortgeschritten als das Habsburgerreich. Der eigentliche Wendepunkt in der Geschichte des preußischen Absolutismus lässt sich nicht auf die Arbeit der Reformen zurückführen, sondern auf die Errungenschaften, die er im Frieden erzielte. Um zu verhindern, dass er Sachsen erhielt, und um ihn für die russische Absorption der meisten zu entschädigen Als Teil Polens verliehen ihm die Alliierten Rhein-Westfalen am anderen Ende Deutschlands – sehr gegen den Willen des Berliner Hofes. Mit diesem Gesetz verschoben sie die gesamte historische Achse des preußischen Staates. Von Österreich und Großbritannien entworfen, um dies zu überprüfen Durch die territoriale Konsolidierung in Ostmitteldeutschland wurden die rheinischen Provinzen durch Hannover und Hessen von Brandenburg getrennt, so dass die Hohenzollerngebiete strategisch verstreut über Norddeutschland verstreut blieben und gefährliche Verteidigungsaufgaben gegen Frankreich im Westen übertragen wurden. Die tatsächlichen Folgen der Regelung wurden von erwartet keiner der Vertragsparteien. In den neuen Hohenzollem-Besitztümern lebten mehr Menschen als in allen alten Provinzen zusammen: 5.500.000 im Westen und 5.000.000 im Osten. Auf einen Schlag verdoppelte sich das Bevölkerungsgewicht Preußens auf über 10.000.000; Bayern, das nächstgrößte deutsche Bundesland, hatte nur 3.700.000.44 Darüber hinaus war Rhein-Westfalen eine der fortschrittlichsten Regionen Westdeutschlands. Die Bauern zahlten weiterhin die üblichen Abgaben und die Grundbesitzer genossen besondere Jagd- und andere Rechte; Aber die kleinbäuerliche Landwirtschaft war tief verwurzelt und die Adelsschicht bestand im Allgemeinen aus abwesenden Grundbesitzern und nicht aus ihren eigenen Gutsverwaltern wie in Preußen. Im Gegensatz zu den Junker-Kreistagen waren in den Landamtsversammlungen auch Bauern vertreten. Soziale

Beziehungen in der
J. Droz, La Formation del'Unitl AUémande 1789-1831, Paris 1970, S. 116. Auf dem Land war das Muster daher viel milder. Die neuen Provinzen enthielten außerdem eine große Anzahl blühender Städte mit langen Traditionen der kommunalen Autonomie, des Handelsaustauschs und der Produktionstätigkeit. Viel wichtiger als dies war natürlich die Tatsache, dass die Region aufgrund ihrer noch ungenutzten Bodenschätze dazu bestimmt war, das gewaltigste Industriegebiet Europas zu werden. Die militärischen Errungenschaften des preußischen Feudalstaates schlossen somit das natürliche Kernland des deutschen Kapitalismus ein.

Die Entwicklung des neuen Gesamtstaates zu einem geeinten Deutschland im Laufe des 19. Jahrhunderts ist im Wesentlichen Teil des Zyklus bürgerlicher Revolutionen, auf den an anderer Stelle eingegangen wird. Es genügt hier, drei entscheidende Aspekte der sozioökonomischen Entwicklung Preußens hervorzuheben, die den späteren Erfolg des Bismarckschen Programms ermöglichten. Erstens führte Hardenbergs Agrarreform von 1816 im Osten selbst zu einem raschen und beeindruckenden Fortschritt der gesamten Wirtschaftsweise. Durch die Liberalisierung des Bodenmarktes verdrängte die Reform nach und nach unfähige und verschuldete Junker vom Land. Dementsprechend nahm die Zahl der bürgerlichen Landinvestoren zu, es entstand eine Schicht wohlhabender Kleinbauern oder Großbauern und es kam zu einer deutlichen Rationalisierung der Agrarwirtschaft: 1855 hatten 45 Prozent der Rittergüter in den sechs Ostprovinzen nichtadlige Eigentümer .48 Gleichzeitig waren die auf dem Land zurückgebliebenen Junker nun Eigentümer größerer und produktiverer Ländereien, die sowohl durch den Kauf von Adligen als auch durch die Vertreibung von Bauern aus Gemeingütern und Kleingrundbesitz vergrößert wurden. In den 1980er Jahren befanden sich 70 Prozent der größten Agrargrundstücke (über 1.000 Hektar) im Besitz von Adligen.1 2 Der gesamte Agrarsektor trat in eine Phase der Expansion und des Wohlstands ein. Die Ernteerträge und die Anbaufläche stiegen gleichzeitig: Tatsächlich verdoppelten sich beide Werte im Ostelbischen Preußen von 1815 bis 1864.3 Die neuen Latifundien wurden nun von Lohnarbeitern bestellt und entwickelten sich zunehmend zu orthodoxen kapitalistischen Betrieben. Diese Lohnarbeit selbst wurde jedoch durch eine feudale Gesundheitsordnung geregelt, die bis ins 20. Jahrhundert überdauerte und den Landarbeitern und Hausangestellten eine rücksichtslose herrschaftliche Disziplin auferlegte, die mit Gefängnisstrafen für Streiks und strengen Einschränkungen der Mobilität einherging. Das Bauernlegen bedeutete keine Abwanderung vom Land: Es hatte ein großes Landproletariat hervorgebracht, dessen Zahl nun mit zunehmender Produktion zunahm, was dazu beitrug, die Löhne niedrig zu halten. Der Junkeraristokratie gelang so eine erfolgreiche kumulative Umstellung auf die kapitalistische Landwirtschaft, während sie dennoch alle Patrimonialprivilegien ausnutzte, die sie behalten konnte. „Den Adligen gelang der Übergang von der herrschaftlichen zur kapitalistischen Landwirtschaft leicht, während große Teile der Bauernschaft in den reinigenden Gewässern der wirtschaftlichen Freiheit ertrinken durften." '*8

Unterdessen leistete die preußische Bürokratie einen wichtigen Beitrag zur Überbrückung der östlichen Agrarwirtschaft mit der gleichzeitig in den westlichen Provinzen einsetzenden industriellen Revolution. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war der Beamtendienst, der der unterentwickelten Mittelschicht der traditionellen Hohenzollernherrschaften schon immer einen beruflichen Zufluchtsort geboten hatte, auch wenn er nie die Spitzenpositionen dominiert hatte, für die allmähliche Gründung des Zollvereins verantwortlich, der den größten Teil Deutschlands vereinte mit Preußen in einer einzigen Handelszone. Von Motz und Maassen vom Finanzministerium waren die beiden Architekten dieses von 1818 bis 1836 aufgebauten Systems, das Österreich faktisch von der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands ausschloss und die kleineren Staaten kommerziell an Preußen band.1 2 Der Aufschwung des Eisenbahnbaus von Ab den 1830er Jahren kam es wiederum zu einem raschen Wirtschaftswachstum innerhalb der

Zollunion. Auch bürokratische Initiativen waren von einiger Bedeutung für die Bereitstellung technologischer und finanzieller Hilfen für die aufstrebende preußische Industrie (Beuth, Rother). In den 1850er Jahren wurde der Zollverein auf die meisten verbliebenen nördlichen Fürstentümer ausgedehnt; Das Eindringen Österreichs in das Land wurde später von Delbrück im Handelsministerium geschickt blockiert. Die von der preußischen Beamtenschaft konsequent verfolgte Niedrigzollpolitik gipfelte im Vertrag von Paris mit Frankreich

im Jahr 1864 waren eine entscheidende Waffe im diplomatischen und politischen Wettbewerb zwischen Berlin und Wien innerhalb Deutschlands: Österreich konnte sich die wirtschaftliche Liberalisierung, die die vom internationalen Handel abhängigen süddeutschen Staaten auf die Seite Preußens zog, nicht leisten.1 2

Gleichzeitig wurden jedoch durch das stürmische industrielle Wachstum des Ruhrgebiets in den westlichen Provinzen Preußens die grundlegenden Weichen für die deutsche Einigung gestellt. Das rheinische Bürgertum, dessen Vermögen auf der neuen Industrie- und Bergbauwirtschaft im Westen beruhte, war eine politisch viel ehrgeizigere und freimütigere Gruppe als die gehorsamen Ostelbianer Bürger. Ihre Wortführer – Mevissen, Camphausen, Hansemann und andere – waren es, die in dieser Zeit den deutschen Liberalismus organisierten und leiteten und für die Gewährung einer bürgerlichen Verfassung mit einer verantwortlichen Versammlung in Preußen kämpften. Ihr Programm bedeutete in der Tat das Ende des Hohenzollern-Absolutismus und erregte natürlich die hartnäckige Feindseligkeit der herrschenden Junkerklasse im Osten. Die Volksaufstände von 1848, deren Massenfeuer von Handwerkern und Bauern getragen wurde, verschafften dieser liberalen Bourgeoisie kurzzeitig ein Ministeramt in Berlin und eine ideologische Plattform in Frankfurt, bevor die königliche Armee einige Monate später die Revolution niederschlug. Mit der preußischen Verfassung, die das gescheiterte Ergebnis der Krise von 1848 war, wurde zum ersten Mal ein landesweiter Landtag eingeführt, in dem eine Kammer, die auf einem Drei-Klassen-Wahlsystem beruhte und offen die Vorherrschaft des Großgrundbesitzes sicherstellte, und eine andere Kammer überwiegend aus dem erblichen Adel rekrutiert wurde - beide ohne Befugnisse über die Exekutive: eine Versammlung, die so blass war, dass an den Wahlen dazu durchschnittlich nur etwa 30 Prozent der Wahlberechtigten teilnahmen4'. Die rheinische Kapitalistenklasse blieb also oppositionell, selbst als sie Mehrheiten für diese Scheininstitution gewann. Die Ostelbianer Junker beobachteten die Monarchie wachsam auf Anzeichen von Schwäche und setzten ihre herrschaftlichen Polizeibefugnisse, die Friedrich Wilhelm IV. 1848 in einem Moment der Panik abgeschafft hatte, tatsächlich 1856 wieder ein. Der „Verfassungskonflikt" zwischen den Liberalen und dem Staat in der Die 1860er Jahre schienen somit ein Frontalkampf um die politische Macht zwischen alten und neuen Ordnungen zu sein.
Dennoch wurden die wirtschaftlichen Grundlagen für eine Annäherung zwischen den beiden Klassen durch die stetige Kapitalisierung der östlichen Landwirtschaft während des Wirtschaftsbooms und die vertikale Zunahme des Gewichts der Schwerindustrie innerhalb der gesamten preußischen Gesellschaftsformation gelegt. Im Jahr 1865 befanden sich in Preußen neun Zehntel der Kohle- und Eisenproduktion, zwei Drittel der Dampfmaschinen, die Hälfte der Textilproduktion und zwei Drittel der Industriearbeitskräfte in Deutschland.60 Die Mechanisierung der deutschen Industrie hatte die Frankreichs bereits überholt. Der ehemalige extrem reaktionäre Bismarck, einst der widerspenstige Verfechter des Ultralegitimismus, war der erste politische Vertreter des Adels, der erkannte, dass diese aufkeimende Kraft in die Struktur des Staates aufgenommen werden konnte, und zwar unter der Schirmherrschaft der beiden besitzenden Klassen der Hohenzollern Reich - preußisches Junkertum und rheinische Hauptstadt - war die Vereinigung Deutschlands möglich. Der Triumph der preußischen Armee über Österreich im Jahr

1866 beruhigte den Zwist zwischen den beiden plötzlich. Bismarcks Abkommen mit den Nationalliberalen, aus dem die Norddeutsche Verfassung von 1867 hervorging, besiegelte einen bedeutsamen Sozialpakt, der praktisch den politischen Grundsätzen beider Vertragsparteien widersprach. Drei Jahre später vollendete der Deutsch-Französische Krieg das Werk der nationalen Einheit mit Bravour. Das preußische Königreich wurde zu einem Deutschen Reich zusammengeschlossen. Die Grundstruktur des neuen Staates war unverkennbar kapitalistisch. Die Verfassung des kaiserlichen Deutschlands in den 1870er-Jahren sah eine repräsentative Versammlung vor, die durch allgemeine Männerwahl gewählt wurde; eine geheime Abstimmung; bürgerliche Gleichheit; ein einheitliches Rechtskodex; ein einheitliches Währungssystem; weltliche Bildung; und vollständiger interner Freihandel. Der so geschaffene deutsche Staat war keineswegs ein „reines" Beispiel seiner Art (zu dieser Zeit gab es weltweit kein solches).61 Er war stark vom feudalen Charakter des ihm vorangegangenen preußischen Staates geprägt. Tatsächlich wurde die gemeinsame Entwicklung, die die Konjunktur definierte, buchstäblich und sichtbar in der Architektur des neuen Staates verkörpert. Denn die preußische Verfassung wurde nicht außer Kraft gesetzt; es blieb innerhalb der Reichsverfassung bestehen, da Preußen nun eine der föderalen Einheiten des Reiches war,

Pierre Aygoberry, Deutsche Uniti (1800-1871), Paris 1968, S. 90.

Taylor weist darauf hin, dass die Norddeutsche Bundesverfassung von 1867, aus der die Reichsverfassung hervorging, tatsächlich das umfassendste Wahlrecht aller großen europäischen Länder und das einzige mit einer wirklich geheimen Abstimmung vor dem Zweiten Reformgesetz enthielt England und das Aufkommen der Dritten Republik in Frankreich: A. J. P. Taylor, Bismarck, London 1955, S. 98. komplett mit seinem entrechteten „Drei-Klassen"-Wahlsystem. Das Offizierskorps seiner Armee, das natürlich den überwältigenden Großteil des kaiserlichen Militärapparats ausmachte, war nicht dem Kanzler gegenüber verantwortlich, sondern schwor direkt dem Kaiser die Treue, der es persönlich durch seinen Militärhaushalt kontrollierte.52 Die höheren Ränge seiner Bürokratie Das von Puttkamer gesäuberte und neu organisierte Reich wurde in den Jahrzehnten nach 1870 eher zu einem aristokratischen Zufluchtsort als je zuvor. Darüber hinaus war der Reichskanzler dem Reichstag nicht verantwortlich und konnte sich auf ständige Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsteuern verlassen, die außerhalb der parlamentarischen Kontrolle lagen; Allerdings mussten Haushaltspläne genehmigt und Gesetze vom Reichstag verabschiedet werden. Bestimmte geringere Steuer- und Verwaltungsrechte blieben in der Kontrolle der verschiedenen föderalen Einheiten des Imperiums, wodurch der Unitarismus der Verfassung formal eingeschränkt wurde.

Diese Anomalien verliehen dem deutschen Staat im ausgehenden 19. Jahrhundert ein beunruhigendes Gesicht. Marx' eigene Charakterisierung des Bismarckschen Staates offenbart eine Mischung aus Verärgerung und Verwirrung. In einem gefeierten, wütenden Satz, den Luxemburg gern zitierte, beschrieb er es als „nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gewimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus" – „nichts als ein militärischer Despotismus". „, ausgeschmückt mit parlamentarischen Formen, legiert mit einer feudalen Beimischung, bereits von der Bourgeoisie beeinflusst, von der Bürokratie ausgestattet und von der Polizei geschützt."5" Die Anhäufung von Epitheta deutet auf seine konzeptionellen Schwierigkeiten hin, ohne eine Lösung dafür zu liefern. Engels erkannte viel klarer als Marx, dass der deutsche Staat trotz seiner Besonderheiten nun in die Reihe seiner englischen und französischen Rivalen eingetreten war. Er schrieb über den Preußisch-Österreichischen Krieg und seinen Urheber: „Bismarck verstand den deutschen Bürgerkrieg von 1866 als das, was er wirklich war, nämlich eine Revolution ... und er war bereit, ihn mit revolutionären Mitteln durchzuführen."51 Das Historische Das Ergebnis des

Konflikts mit Österreich war, dass „schon die Siege der preußischen Armee die gesamte Basis der preußischen Armee veränderten."
2 $. Für eine gute Darstellung der kaiserlichen deutschen Verfassung siehe K. Pinson, Modern Germany. Seine Geschichte und Zivilisation, New York 1966, S. 156-63.
Die Formel stammt aus der „Kritik des Gothaer Programms". Marx-Engels, Werke, Bd 19, S. 29.
F. Engels, The Role of Force in History, London 1968, S. 64–5.
Staatsstruktur", so dass „die gesellschaftlichen Grundlagen des alten Staates eine völlige Umgestaltung erfuhren".55 Als er den Bismarckismus mit dem Bonapartismus verglich, stellte er klar und deutlich fest, dass die vom preußischen Kanzler geschaffene Verfassung „eine moderne Staatsform sei, die die Abschaffung des Feudalismus voraussetzt". „.58 Mit anderen Worten: Der deutsche Staat war nun ein kapitalistischer Apparat, überbestimmt durch seine feudalen Vorfahren, aber grundsätzlich homolog mit einer Gesellschaftsformation, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts massiv von der kapitalistischen Produktionsweise dominiert wurde: das kaiserliche Deutschland bald die größte Industriemacht Europas. Der preußische Absolutismus hatte sich so nach vielen Wechselfällen in einen anderen Staatstyp verwandelt. Geographisch und sozial, sozial, weil geografisch, war es langsam von Ost nach West verlagert worden. Die theoretischen Bedingungen der Möglichkeit dieser „Transmutation" müssen noch geklärt werden; sie werden an anderer Stelle betrachtet.
Marx-Engels, Selected [Forks, S. 246-^7. 6 $. Ebd., S. 247.

Revision #1
Created 12 October 2025 02:30:28 by investigatione
Updated 12 October 2025 02:30:45 by investigatione